Nr. 26. Halle (Saale), Mittwoch, den 31. Januar 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hartz 40 44. Fernsprech. 1046. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 5gespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind die morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hartz 40 44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 31. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Starker Frost und Schneefälle schränkten die Gefechtstätigkeit ein. An der Lothringer Grenze bei Leintrey war von Mittag an der Artilleriekampf stark. Abends griffen die Franzosen einen Teil unserer Stellungen an; sie wurden abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. An dem Ostufer der Aa stürmten unsere Truppen eine russische Waldstellung und wiesen in ihr mehrere starke Gegenangriffe zurück. 14 Offiziere und über 900 Mann wurden gefangen, 15 Maschinengewehre erbeutet.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. Nach heftigem Feuer griffen die Russen mehrmals die Stellungen südlich der Valepatna-Straße an. Zwei starke Angriffe scheiterten; beim dritten Anturm gelang es einer russischen Abteilung, in einen Stützpunkt einzudringen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Nahe der Donau gingen starke feindliche Aufklärungsabteilungen vor; sie wurden von den osmanischen Posten zurückgetrieben.

Mazedonische Front. Deutsche Erkunder brachten von einer Streife im Cerna-Bogen mehrere Italiener gefangen ein.

•

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 30. Jan. Oestlicher Kriegsschauplatz. An der ganzen Front keine besonderen Ereignisse. — Italienischer Kriegsschauplatz. Unternehmungen unserer Truppen im Görzischen hatten wieder Erfolg. Bei Kostanjovica drangen Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 71 in die feindlichen Stellungen ein; sie überwältigten mehrere italienische Kompagnien, zerstörten die Gräben und kehrten mit sechs Offizieren, 140 Mann als Gefangenen und mit zwei erbeuteten Maschinengewehren zurück. Oestlich Vertojba brachten Abteilungen des k. k. Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 2 von einer ähnlichen Unternehmung 27 Gefangene und zwei Maschinengewehre ein. Unsere Vorschaften zwischen Gardasee und Etsch-Tal standen auch gestern unter Feuer.

•

Zur Kriegslage wird durch W. T. B. mitgeteilt: Auch am Dienstag erneuerten die Franzosen vergeblich ihre Wiedereroberungsversuche der verlorengegangenen Gräben auf Höhe 304, die den Talessel von Esnes und die dort befindlichen wichtigen Zugangsstraßen beherrscht. Nach lebhafter Feuertätigkeit während des Tages wurden um 5 Uhr die Vorbereitungen zu einem französischen Angriff erkannt. Heftiges deutsches Artilleriefeuer hielt den Angriff nieder. Um 7 Uhr unternahmen die Franzosen einen Vorstoß, der überlegen und leicht zurückgewiesen wurde. Ein 7¾ Uhr erneut vorgetragener Angriff erlitt dasselbe Schicksal. Die Nacht verlief ruhig. — An der russischen Front beeinträchtigt empfindliche Kälte, an einzelnen Abschnitten bis zu 20 Grad, die Kampftätigkeit. Auch in Rumänien herrscht neben heftigem Schneetreiben seit einigen Tagen empfindliche Kälte.

Die Entente zentralisiert alle Kräfte. Ueber die letzten Ententerüstungen zur Entscheidung weiß ein Londoner Gewährsmann der Voss. Ztg. zu berichten, daß versucht werde, eine Zentralisation auf den verschiedenen Gebieten der Kriegführung durchzuführen. Marine- und Schiffahrtswesen sollen ausschließlich unter englischer Leitung und Kontrolle bleiben. Die neue Regierung in England habe durch rücksichtsloses Vorgehen Reorganisationen in Italien und Frankreich erreicht, die früher unmöglich schienen. In Rußland gingen die Dinge aber noch immer rückwärts anstatt vorwärts. Bei den Frühjahrskämpfen werde sich zeigen, inwieweit Rußland und ob es die anderen Fronten nicht entlasten könne. — Progres de Lyon meldet aus Paris, die Jahresklasse 1918 würde wahrscheinlich noch im Laufe dieses Frühjahrs einberufen werden. — Von der Ernennung des Generals Guillemin zum Leiter des gesamten französischen Flugwesens erhofft die französische Presse, daß die Franzosen die Oberherrschaft im Flugwesen, die sie den deutschen Fliegern überlassen mußten, wieder gewinnen würde.

Die Petersburger Konferenz der Alliierten soll die Einheitlichkeit des Vorgehens besiegeln. Zugleich soll Rußland kontrolliert werden. Der Corriere de la Sera (Mailand) schreibt, daß der Gedanke einer Petersburger Konferenz bereits vor der Konferenz in Rom erörtert wurde. Aber die englische und französische Krise sei dazwischengekommen, und so habe vorerst nur die Konferenz in Rom stattgefunden. Die Petersburger Konferenz werde der Jungbrunnen sein, aus dem die Entente an Körper und Geist gestärkt hervorgehen und zum Siege schreiten werde. Mit geheimer Besorgnis hätten die Völker in letzter Zeit auf Rußland geblickt, von dem doch so viel für die Zukunft der Entente abhänge. Aber jetzt seien die Verbündeten völlig beruhigt, namentlich Amerika, das mit Rußland das gemeinsame Ziel der Zerstörung der habsburgischen Monarchie verfolge. Die Petersburger Konferenz biete eine Gewähr für die Erreichung dieses Endzieles.

Griechenlands Demütigung. Athen, 29. Januar. (Reutermeldung.) Die Zeremonie des Salutes für die Fahnen der Alliierten vollzog sich um ½4 Uhr nachmittags im Zappeion nach dem vorher festgesetzten Programm in Gegenwart der Gesandten der Alliierten, des griechischen Kabinetts und des Kommandanten des ersten griechischen Korps. Es kamen keine Zwischenfälle vor. Der Zugang zum Zappeion war verboten.

Die Schiffsvernichtungen durch U-Boote.

Berlin, 30. Jan. (W. T. B.) Im Monat Dezember sind 152 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 329 000 Br.-Reg.-Tonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte verlorengegangen, davon sind 240 000 Br.-Reg.-Tonnen englisch. Außerdem sind 65 neutrale Handelsfahrzeuge mit 86 500 Br.-Reg.-Tonnen wegen Beförderung von Bannware zum Feinde versenkt worden. Das Dezember-Ergebnis beträgt also insgesamt 415 000 Br.-Reg.-Tonnen. Seit Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1916 sind damit und unter Hinzurechnung der im Laufe des Jahres nachträglich bekanntgewordenen Kriegsverluste durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 4 021 500 Br.-Reg.-Tonnen feindlichen Handelsschiffsraumes verlorengegangen, davon sind 3 069 000 Br.-Reg.-Tonnen englisch; dies sind fast 15 Prozent der englischen Gesamttonnage zu Anfang des Krieges. Im gleichen Zeitraum sind von den Seestreitkräften der Mittelmächte 401 neutrale Schiffe mit 537 500 Br.-Reg.-Tonnen wegen Bannwarenbeförderung versenkt oder als Prisen verurteilt worden. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 30. Jan. (W. T. B.) Eines unserer U-Boote hat in der Zeit vom 18. bis 25. Januar außer dem englischen Zerstörer noch 17 Schiffe mit 18 056 Br.-Reg.-Tonnen versenkt. Unter der Ladung der versenkten Schiffe befanden sich 5000 Tonnen Getreide, etwa 7500 Tonnen Kohlen, weiter besonders Grubenholz, Phosphat und sonstige Bannware.

Manchester, 26. Jan. Manchester Guardian schreibt im Leitartikel: „Nach den Verlusten an Schiffen, die England im Dezember erlitten hat, könnten die Verluste im neuen Jahre 5 Millionen Tonnen erreichen. Die gewöhnlich angegebene Gesamttonnage der englischen Handelsflotte sei 20 Millionen, aber nur ein Teil davon bestehe aus Schiffen, die für den Außenhandel brauchbar sind, und von diesem Teile hat die Admiralität einen sehr hohen Prozentsatz für ihre eigenen Zwecke requiriert. Wenn England in jedem der nächsten zwölf Monate ebensoviel Schiffe verliere wie im Dezember, so würde es nach einem Jahre die Hälfte der Handelsflotte, die im Außenhandel tätig ist, verloren haben. England müsse in den nächsten zwölf Monaten 2½ Millionen neuer Schiffe bauen; wenn das nicht möglich sei, dann befände sich England in Gefahr. Das Parlament müsse sich mit dieser Frage befassen." — Der Agenzia Americana zufolge wurde die englische Gesandtschaft in Rio de Janeiro benachrichtigt, daß der im Atlantischen Ozean operierende Hilfskreuzer gemeinsam mit deutschen Unterseebooten arbeite. (W. T. B.)

Zerstörer durch U-Boot versenkt. Berlin, 30. Jan. Am 18. Januar hat eines unserer Unterseeboote im Englischen Kanal einen englischen Zerstörer der M-Klasse durch Torpedoschuß vernichtet. Der Chef des Admiralstabes.

Bei Kriegsausbruch beschlagnahmte Schiffe. Berlin, 30. Januar. (W. T. B.) Wie mir an zuständiger Stelle erfahren, sind bei Kriegsausbruch in den Häfen der Mittelmächte 99 feindliche Fahrzeuge mit 189 000 Br.-Reg.-To., davon 75 englische Schiffe mit 173 500 Br.-Reg.-To. beschlagnahmt worden.

Deutsche Maßregeln über gegnerische Lazarettschiffe. Berlin, 30. Januar. Der deutschen Regierung liegen überzeugende Beweise dafür vor, daß feindliche Lazarettschiffe vielfach zu Munitions- und Truppentransporten mißbraucht wurden. Sie hat diese Beweise der britischen und der französischen Regierung auf diplomatischen Wege mitgeteilt und gleichzeitig erklärt, daß der Verkehr der Lazarettschiffe auf den Etappenstraßen der in Frankreich und Belgien kämpfenden feindlichen Armeen innerhalb der Linie Flamborough-Head—Terschelling einerseits und Quessey—Landsend andererseits nicht mehr geduldet wird. Den feindlichen Mächten steht es frei, den Verkehr von Lazarettschiffen zum Transport verwundeter und kranker Heeresangehöriger auf Wegen außerhalb dieser Gebiete stattfinden zu lassen. Für den Fall, daß sie auch fernerhin Lazarettschiffe völkerrechtswidrig zu Transporten mißbrauchen sollten, wird die Sperrung weiterer Seewege vorbehalten. (Amtlich.)

Die englische Arbeiterpartei für freie Handelspolitik. Die Konferenz der Arbeiterpartei in Manchester nahm einstimmig eine Resolution gegen die Einstellung von farbigen Arbeitern in England an. Ferner wurde eine von Snowden beantragte Resolution angenommen, worin sich die Konferenz der Erklärung der französischen Sozialisten gegen einen Wirtschaftskrieg nach dem Krieg anschließt und im Gegensatz zu den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz allgemein freie Handelspolitik verlangt. — Purdy wurde zum Vorsitzenden der Arbeiterpartei gewählt, Artur Henderson zum Sekretär und Ramsey Macdonald zum Schatzmeister.

Der Kandidat für den Nobel-Friedenspreis. Konstantinopel, 29. Jan. Die Universität Stambul ist beauftragt worden, einen Kandidaten für den Nobelpreis vorzuschlagen. Die juristische und die literarische Fakultät haben daraufhin Kaiser Wilhem II. als Vorkämpfer des Friedensgedankens in Vorschlag gebracht.

Polnische Huldigung an Wilson. Warschau, 30. Januar. Der provisorische Staatsrat hat in seiner letzten Sitzung aus Anlaß der Friedensnote Wilsons folgendes Telegramm an Wilson gesandt: „Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen, der auf Grund des Aktes vom 5. November 1916, mit dem die Monarchen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns feierlich die Errichtung des polnischen Staates verkündet haben, berufen worden ist, hat Ihre Note, verehrter Herr Präsident, mit Freude zur Kenntnis genommen. Es ist in diesem Kriege das erste Mal, daß das Haupt eines mächtigen neutralen Staates und gleichzeitig der oberste Vertreter einer großen Nation amtlich erklärt hat, daß nach seiner Ueberzeugung die Unabhängigkeit des polnischen Staates die einzige gerechte Lösung der polnischen Frage und die unumgängliche Bedingung eines dauernden und gerechten Friedens sei. Für dieses kluge und edle Verständnis der Rechte des polnischen Volkes bringt Ihnen, verehrter Herr Präsident, der provisorische Staatsrat als erster Anfang der Regierung des erstehenden Staates, im eigenen Namen und im Namen der polnischen Nation seine tiefste Dankbarkeit und Huldigung zum Ausdruck."

Drei Ergänzungen zum Friedensmanifest vom 7. Januar.

Von G. Ledebour.

Das Friedensmanifest, das in der Oppositionsbesprechung vom 7. Januar beschlossen wurde, beruht auf der Vereinbarung einer Kommission. Den Entwurf hatte Genosse Kautsky geliefert. Einige von mir beantragte Zusätze wurden angenommen. Abgelehnt wurden aber drei Ergänzungen, auf die ich Wert legte, da die Kriegsereignisse selbst ihnen eine hohe aktuelle Bedeutung verliehen haben. Die knappe Zeit, die uns in der Konferenz selbst für die Beratung der Friedensaktion zur Verfügung stand, hätte zu einer ernstlichen Durchberatung strittiger Fragen nicht ausgereicht. Ich verzichtete deshalb auf die Einbringung von Zusatzanträgen, verständigte mich aber mit meinen Freunden dahin, daß ich die Vorschläge später in der Presse den Genossen unterbreiten würde. Neuere Ereignisse haben nun überraschend schnell erwiesen, wie berechtigt und ersprießlich die Einreihung meiner Vorschläge in unser Manifest gewesen wäre. Zu ihrer sofortigen Veröffentlichung drängt vollends die Rede, die Präsident Wilson am 22. Januar im Senat zu Washington gehalten hat, wie die Kommentare, die sie hervorrief. Die drei Ergänzungen lauten:

1. Zur Anbahnung der allgemeinen Abrüstung ist zunächst und vor allem eine Uebereinkunft zu erzielen, durch welche die **Seerüstungen beschränkt** und das **Seebeuterecht** beseitigt wird. Die Aufhebung des Seebeuterechts ist zu ergänzen durch das **Verbot, Nahrungsmittel als Kriegskonterbande zu behandeln.**

2. Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich ebenso wie die **Konfessionstoleranz** auch die **Nationalitätentoleranz** zur Durchführung zu bringen, also das Anrecht der **nationalen Minderheiten im Staate auf den ungehinderten Gebrauch ihrer Muttersprache** nach dem Vorbild der Schweiz anzuerkennen und alle ausnahmegesetzlichen Bestimmungen, die jenen beiden Grundsätzen widersprechen, sofort aufzuheben.

3. Die zwischenstaatlichen Beziehungen der Vertragsstaaten untereinander sind künftig nicht mehr durch einen diplomatischen Geheimdienst zu regeln, sondern durch Delegierte der Regierungen und Volksvertretungen der einzelnen Staaten in parlamentarischer Verhandlung unter vollster Kontrolle der Oeffentlichkeit. Zu dem Zweck ist ein **europäischer Bund** zu gründen, der die Grundlage zu bilden hat für einen **Weltbund aller Staaten der Erde.** Die **Hauptaufgabe beider Staatenbünde** wird die **Friedensbewahrung** sein.

Zur Begründung dieser drei Forderungen habe ich folgendes zu bemerken:

Zu 1: Den Vorschlag, die Beseitigung des Seebeuterechts mit der Einschränkung der Seerüstung zu verbinden, habe ich zuerst im Jahre 1909 in der Reichstagsfraktion gemacht. Er wurde akzeptiert und dann, als Antrag formuliert, am 29. März von mir im Reichstag vertreten. Ich habe damals schon ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man gerade **durch die Verbindung beider Forderungen** ihre Verwirklichung erleichterte, da die englische Regierung vom Standpunkt ihres eigenen Interesses aus zwar die Einschränkung der Seerüstungen, aber nicht die Aufhebung des Seebeuterechts wünsche, während die deutsche gerade die umgekehrte Haltung einnehme. Durch die erforderlichen gegenseitigen Konzessionen komme man eher zum Ziel, als durch die einseitige Betreibung einer einzelnen. Im Reichstag blieb die Sozialdemokratie bei der Abstimmung mit dem Antrag allein. Erst hat aber seitdem weitere Fortschritte gemacht. Im Jahre 1910 akzeptierte ihn einstimmig der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen. In späteren Verhandlungen haben dann sowohl die deutsche wie die englische Regierung die Annahme beider Forderungen nicht mehr grundsätzlich zurückgewiesen.

Diese heilsame Entwicklung wurde durch den Weltkrieg 1914 unterbrochen. Aber gerade die furchtbaren Erfahrungen, die beide Länder jetzt gemacht haben, lassen für die künftigen Friedensverhandlungen die Durchsetzung dieser Doppelforderung aussichtsreicher erscheinen, als je. Denn England gelangte in Anwendung des Seebeuterechts zu dem Aushungerungskriege, der von Deutschland mit der Verwendung der Unterseeboote und zur Versenkung der gegnerischen Handelsschiffe beantwortet wurde. Beides hat mehr als andere Maßregeln zur Verlängerung des Krieges, zur Verschlimmerung der Kriegführung und zur Verbitterung in den kriegführenden Ländern beigetragen.

In Deutschland mehren sich jetzt die Stimmen, die einer **Verschärfung des Unterseeboot-Krieges das Wort reden.** Grundsätzlich hat sich bisher gegen die warnungslose Torpedierung aller, auch der neutralen Handelsschiffe im Reichstag **nur die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft** erklärt. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen haben einzelne andere Parteien, darunter auch die sozialdemokratische „Fraktion", bisher der Durchführung des rücksichtslosen Unterseeboots-Krieges Widerstand geleistet. Es wächst die Gefahr, daß die Erregung über die Ablehnung von Friedensverhandlungen durch die Entente zur Durchdrückung des rücksichtslosen Unterseeboot-Krieges ausgenutzt wird. Um so mehr haben wir alle Ursache, die Wege zu weisen, wie für die Zukunft dem Aushungerungskrieg vorgebeugt werden kann. Wer möchte aber nach den bitteren Kriegserfahrungen nicht wünschen, daß die Unbeilsquelle des Seebeuterechts dauernd verstopft wird, um der Menschheit die Wiederholung oder gar die Verschlimmerung der erlebten Greuel zu ersparen! Wir haben also allen Grund, jetzt nicht zurückzubleiben hinter einer Forderung, die 1909 bereits von der deutschen Sozialdemokratie und 1910 von der Internationale erhoben wurde. Wir haben sie vielmehr weiterzutreiben.

Zu 2: Daß die Konfessionstoleranz oder Glaubensduldung bei der Neuregelung der europäischen Verhältnisse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170131-11/fragment/page=0001

grundsätzlich durchzuführen müsste, darüber brauchte unter Sozialdemokraten kein Wort weiter verloren zu werden. Die Anerkennung der Nationalitätentoleranz ist für manche Parteigenossen leider noch nicht so selbstverständlich. Diese Forderung gleichfalls zu einem Hauptpunkt der Friedensbedingungen zu machen, ist aber dringend erforderlich, weil mit den dauernden Bestrebungen, die andersprechenden Minderheiten in den einzelnen Staatswesen zu entnationalisieren, eine der Hauptursachen der Völker- und Staatenverfeindung und ein dauernder Anreiz zu kriegerischen Verwicklungen aus dem Wege geräumt würde. Ich habe mich im Reichstag seit Jahren dafür verwendet, auch die bürgerlichen Parteien und die Regierung davon zu überzeugen, wie erfolglos die Entnationalisierungsbemühungen bleiben müssen, wie schädlich aber für das Deutsche Reich und für das deutsche Volks selbst die falsche Behandlung der sprachlichen Minderheiten, der Polen, der Dänen und der französisch sprechenden Minderheit in Elsaß-Lothringen ist. Die furchtbaren Lehren des Weltkrieges haben nach verschiedenen Anzeichen indes auch da aufklärend gewirkt.

Die Nationalitätentoleranz ist aber nicht bloß eine deutsche, sie ist eine europäische Frage. In der Entente-Note taucht der Versuch auf, die **Nationalitätenfrage durch Neuregelung der Staatengrenzen** endgültig zu lösen. Ganz abgesehen davon, daß die Durchführung dieses ganz einseitig gedachten Planes eine unabsehbare Verlängerung und Verschlimmerung des Völkergemetzels zur Voraussetzung hätte, ist er praktisch überhaupt undurchführbar. Nirgends sind die Nationalitäten geographisch scharf voneinander getrennt, sie sind mannigfach durcheinandergewürfelt und ineinandergeschachtelt. Wie man die Grenzen auch ziehen mag, es wird in allen sogenannten Nationalstaaten immer sprachliche Minderheiten geben. Bei der Herausbildung von Nationalstaaten kann man deshalb immer nur zu Näherungswerten kommen. Vielfach stehen der Abtrennung nach Sprachgrenzen auch die wirtschaftlichen Interessen der betreffenden Bevölkerungsteile entgegen. Nur ausnahmsweise wie für Polen ist die Herstellung eines selbständigen Nationalstaats jetzt möglich.

Das einzige Rettungsmittel gegen den vorhandenen Irredentismus und gegen neuaufkommenden Irredentismus liegt darin, daß den sprachlichen Minderheiten der freie Gebrauch ihrer Muttersprache in Haus und Schule, im geschäftlichen wie im öffentlichen Leben gewährleistet wird und daß alle Ausnahmegesetze gegen Fremdvölker aufgehoben werden. Das Beispiel der Schweiz lehrt, daß solche Einrichtungen durchführbar sind und dem Staatswesen zum größten Vorteil gereichen. Dem steht auch nicht im Wege, daß alle Staatsgeschäfte in einer einheitlichen Staatssprache erledigt werden. Die Forderung der Nationalitätentoleranz drängt sich deshalb gleichfalls für die kommenden Friedensverhandlungen in den Vordergrund.

Zu 3: Auch die Errungenschaften der neuerdings gewaltige Fortschritte gemacht, daß der diplomatische Geheimdienst, dieses Liebkindleibsel aus der Zeit der Kabinettspolitik, sich vollständig überlebt und seine Gefährlichkeit in der Vorgeschichte des Weltkrieges augenfällig erwiesen hat. Die Forderung seiner Erledigung wäre deshalb schon brennend gewesen für das Manifest vom 7. Januar. An die damals von mir verlangte Regelung der zwischenstaatlichen Verhältnisse durch einen europäischen Bund und einen Weltbund klingt der Vorschlag des Präsidenten Wilson an, eine Liga der Nationen zu gründen. Eine solche Liga der Nationen könnte aber, wenn sie nicht über die Formen der nur von den Regierungen beschickten Friedenskongresse im Haag hinausgeht, leicht zu einer Verankerung und Verfestigung schreienden Unrechts führen. Um so mehr haben wir Sozialdemokraten alle Ursache, mit unserer weitergehenden Forderung hervorzutreten, daß die europäischen wie die Weltbundgeschäfte durch eine **parlamentarische Volksvertretung unter voller Kontrolle der Oeffentlichkeit** erledigt werden. Auch ein parlamentarisch organisierter Staatenbund gewährt zwar in der kapitalistischen Aera eine absolute Sicherheit gegen einen Kriegsausbruch, wie der Nordamerikanische Sezessionskrieg beweist. Er bringt uns diesem Ziele aber erheblich näher. Er kann Friedensbrecher bändigen. Er kann große, dem Interesse der Allgemeinheit entsprechende Reformen allmählich zur Durchführung bringen. So würden **einheitliche Arbeiterschutzbestimmungen** und die **Gewährung des Rechts der wirtschaftlichen Betätigung in allen beteiligten Ländern** an die sämtlichen Angehörigen der vertragschließenden Staaten den Ausgleich der einzelstaatlichen Interessen fördern und zwischenstaatliche Reibungsflächen vermindern. Schließlich entspricht diese Forderung der weltwirtschaftlichen Entwicklung und arbeitet dem Sozialismus vor.

Das sind die drei Vorschläge, deren Aufnahme in das Manifest vom 7. Januar ich vergeblich in der Kommission befürwortet habe. Man hat mir entgegengehalten, daß solche Einzelheiten nicht in das Manifest hineingehören; es gebe noch manche andere Forderungen, die dann auch zu berücksichtigen wären. Richtig ist, daß wir noch eine ganze Reihe von Wünschen für die Friedensbestimmungen geltend machen können. Was jedoch die obigen drei Forderungen in den Vordergrund schiebt, ist, daß ihre Befürwortung den Friedensschluß erheblich beschleunigen kann und ihre Annahme die Friedenssicherheit erheblich verstärken würde. Ich mußte mich hier, um sie gleichzeitig der Oeffentlichkeit unterbreiten zu können, auf eine möglich knappe Begründung beschränken. Ich glaube aber, auch so den Nachweis geführt zu haben, daß sie wahrheit ein dringendes Gebot der Stunde schon am 7. Januar waren und heute noch sind.

Wenn wir in solchen Zeiten Kundgebungen erlassen, so genügt es nicht, frühere, oft wiederholte Vorschläge zu wiederholen; wir müssen sie steigern zu bahnbrechenden Forderungen, die aus den brennenden Tageskämpfen geboren sind. Nur dadurch werden wir unserer Aufgabe, die sozialdemokratische Bewegung vorwärts zu treiben, gerecht, daß wir zur **rechten Zeit, klar und bestimmt, aussprechen das, was ist und was wir wollen.**

Politische Uebersicht.

Zur Wohnungsfürsorge.

Eine Besprechung hat nach der Voss. Ztg. kürzlich auf Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs von Coels zwischen Vertretern des Städtetages, von Siedlungsgesellschaften, Bauvereinen, des Reichsausschusses, der Kriegsbeschädigtenfürsorge und einer Reihe von Behörden stattgefunden. Die Beratung erstreckte sich im wesentlichen auf zwei Fragen:

1. Wie ist der Bebauungsplan für Kleinsiedlungen namentlich auf städtischem Gebiete zu gestalten?

2. Welche Erleichterungen für den Bau des Kleinwohnhauses können in den baupolizeilichen Bestimmungen besonders der Städte gewährt werden?

Nach beiden Richtungen kommt es darauf an, auf die Bauweise einfachung und Verbilligung des Wohnens im Kleinwohnhause hinzuarbeiten. Durch zweckmäßige Gestaltung des Bebauungsplanes ist es möglich, an Gelände- und Straßenbaukosten im großen zu sparen, die Ermäßigung der baupolizeilichen Anforderungen führt beim einzelnen Bau zu zahlreichen kleinen Verbilligungen, deren Summe für Gesamtbaukosten eines Kleinhauses ins Gewicht fällt. Die Vereinfachungs- und Verbilligungsvorschläge des Ministeriums sollen alsbald den nachgeordneten Behörden zugehen, deren Aufgabe es sein wird, ihnen weitestgehende Beachtung und Anwendung zu verschaffen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Fideikommißgesetzes lehnte einen Antrag, in § 1 zu sagen: „Die Neubegründung von Fideikommissen ist nicht zulässig" und einen weiteren Antrag auf Zulässigkeit städtischer Fideikommißgründungen von altem Hausbesitz ab. Aenderungen in § 8 wurden ebenfalls abgelehnt.

Antrag auf Munitionsausfuhrverbot in der Schweiz. Die deutsch-schweizerischen Gesellschaften in Basel, Bern, Glarus und Zürich richteten an den Bundesrat die Aufforderung, die Ausfuhr von Geschossen und Zündern und deren Teilen zu verbieten, um dadurch das Seinige zur Beendigung des Krieges beizutragen.

•

Ein Notschrei aus Persien. Das arg bedrängte und von allen Seiten geknechtete und geplünderte Persien empfindet besonders stark die imperialistischen Sendungen der Großmächte. Aus dem Haag wird gemeldet: Namhafte persische Parlamentarier haben von hier aus folgendes Telegramm an Präsident Wilson abgesandt: Ihre jüngste Botschaft an den Senat betreffend die geheiligten Rechte der kleinen Völker hat in dem Busen des persischen Volkes glühende Hoffnung erweckt für die Zukunft seines Vaterlandes. Im Auftrag unseres Volkes wenden wir uns an Sie und an die edle amerikanische Nation und bitten Sie, Ihren mächtigen Einfluß aufzubieten, um auch für die alte persische Nation die Anwendung jener geheiligten Grundsätze zu sichern, welche Sie in Ihrem edlen Menschlichkeitsgefühl für eine gerechte Vorbedingung für einen dauernden Weltfrieden erklärt haben. Tag: sade. Mitglied des persischen Parlaments und Führer der persischen demokratischen Partei.

Aus der Partei.

Wie die „Mehrheitsvertreter" in Spandau-Potsdam die Organisation sprengen!

Der Vorwärts bereichtet:

„Eine am 28. Januar tagende Kreiskonferenz aus Vertretern der auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehenden Ortsvereine des Kreises nahm Stellung zu den Vorgängen in der Partei und billigte einmütig den Beschluß des Parteiausschusses. Sie beschloß einstimmig **die Gründung eines Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Spandau-Osthavelland.**" Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 28. Januar 1917 versammelten Vertreter der auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehenden Genossen des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland billigen den Beschluß des Parteiausschusses und den Aufruf des Parteivorstandes. Sie sind der Ueberzeugung, daß das Vorgehen der Opposition die schwerste Schädigung der Interessen der deutschen Arbeiterschaft bedeutet. Die Opposition hat sich nach systematischer Minierarbeit innerhalb des Parteikörpers, unter wiederholtem Disziplinbruch, durch Einberufung und Beschlüsse der Reichs-Sonderkonferenz außerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei gestellt. **Wer auf dem Boden dieser Beschlüsse steht, kann daher nicht mehr als Mitglied der Partei angesehen werden.**

An die Parteigenossen des Kreises, die der sozialdemokratischen Partei die Treue bewahren wollen, richten die Versammelten die dringende Aufforderung, sich in den einzelnen Orten fest zusammenzuschließen.

Die neue Kreisleitung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um in allen Orten des Kreises den Genossen, die auf dem Standpunkt der alten sozialdemokratischen Partei stehen, die Möglichkeit der Vereinigung zu geben. Sie fordern die auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehenden Ortsvereine des Kreises auf, die Organisation in den einzelnen Orten einheitlich und geschlossen zu erhalten."

In den Kreisvorstand wurde als 1. Vorsitzender Emil Stahl-Spandau gewählt.

Die Konferenz beschloß weiter, zur Reichstagsnachwahl dem von der Opposition aufgestellten Schriftsteller Dr. F. Mehring **einen Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen** und wählte einstimmig den Kreisvorsitzenden, Gewerkschaftssekretär Emil Stahl-Spandau. Nachdem noch die Wahl eines engeren Komitees zur Durchführung der Reichstagswahl vorgenommen war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die neue Organisation."

Soweit der Vorwärtsbericht. Er zeigt, wie der rechte Flügel neue Organisationen gründet dort, wo der linke Flügel in der Mehrheit ist. Daß man auch gleich einen Gegenkandidaten gegen den von der Kreisgeneralversammlung aufgestellten Genossen Mehring nominiert, ist nur ein weiterer Schritt. Dabei nennt man die rechtmäßige Organisationsvertretung einfach „die Opposition".

Und nun das schönste — der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg erkennt die neue Organisation an und — schließt die rechtmäßige Organisation einfach aus der Partei aus!

Im Vorwärts veröffentlicht der Bezirksvorstand folgendes Dekret:

An die Parteigenossen in Spandau-Osthavelland. Der Zentralwahlverein Spandau-Osthavelland hat sich durch seine Stellung zu der Reichskonferenz der Opposition außerhalb der Partei gestellt. **Er ist damit auch aus dem Verbande der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg ausgeschieden.**

Für alle Parteigenossen des Kreises, die weiter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören wollen, ist der Sozialdemokratische Wahlverein für den Wahlkreis Spandau Osthavelland die allein zustehende Organisation.

Das in den Ortsvereinen der bisherigen Kreisorganisation im Umlauf befindliche, von der Bezirksorganisation herausgegebene Material an Eintritts- und Beitragsmarken muß ist nur mit dem Kassierer Wilhelm Pieper, Spandau, Pickelsdorfer Straße 11, zu verrechnen. **Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.**

Hier wird der Weg gezeigt, den der rechte Flügel der Partei bei der Auflösung der Opposition gehen wird. Bekennt sich eine Parteiorganisation durch irgendeine Handlung oder einen Beschluß (hier die Aufstellung eines linksstehenden Kandidaten) zur Opposition, so ist ihr Schicksal besiegelt. Der Bezirksvorstand erklärt dann einfach, diese Organisation habe sich damit „außerhalb der Partei gestellt"; der Bezirksvorstand ruft die rechtsstehenden Genossen zu einer Besprechung zusammen und gründet mit ihnen eine neue Organisation, die der Parteivorstand dann anerkennt und der er die Vertretungsrechte in der Partei zuspricht. So ist man die Opposition los!

Dort, wo sich der Bezirksvorstand weigern wird, linksstehende Organisationen als „außerhalb der Partei gestellt" abzuätzen, wird wohl jedenfalls der ganze Bezirksvorstand vom Parteivorstand ausgeschlossen werden. Mit rechtshaltenden Genossen wird dann ein neuer Bezirkskausschuß aufgestellt, den der Parteivorstand als Vertretung des Bezirkes sanktioniert und den er allein zuläßt. Das wäre zwar unerhört, aber man hat die Macht dazu. Das Potsdam-Spandauer Beispiel zeigt, wie es gemacht wird. Da braucht man kein Schiedsgericht, kein Ausschlußverfahren, kein Organisationsstatut, da braucht man nur die Mehrheit im Bezirksvorstande.

Der Parteivorstand hat die große Mehrheit der heutigen Bezirksvorstände und Parteiausschußmitglieder hinter sich, deshalb glaubte er sein Diktum erlassen zu können. Diese Bezirksvorstände sind im Herbst 1913 gewählt worden, wo niemand an Krieg und Kriegsnöte dachte. Es ist ungeheuerlich, daß sich diese Vertretungen, einschließlich des Parteivorstandes, jetzt die Macht eines Parteitages anmaßen, einfach ein „Kennzeichen" (die Stellung zur Oppositionskonferenz) aufrichten und jeden und jede Organisation ausschließen, die ihnen keine befriedigende Antwort geben. Was hat z. B. die Kreisorganisation Spandau-Potsdam verbrochen? Ihre Mehrheit hielt zum linken Flügel und stellte den Genossen Mehring als Reichstagskandidaten auf. Deshalb nimmt sich der Bezirksvorstand heraus, die Organisation abzustoßen, eine neue Sonderorganisation zu gründen und einen zweiten Reichstagskandidaten aufzustellen! Es ist weit gekommen in unserer Partei! **Das Unheil geht seinen Weg.**

•

Der Termin der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Spandau-Potsdam-Osthavelland für Liebknecht ist, wie Berliner Blätter erfahren, auf Dienstag, den 13. März d. J., festgesetzt worden.

Dresden befolgt die Parteivorstandsanweisung.

In einer Kreisversammlung haben die Genossen von Dresden-Altstadt Stellung zu den Vorgängen in der Partei genommen. Das Referat hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Gradnauer. Nach kurzer Debatte wurde mit 150 gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Parteiversammlung des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteiausschusses einverstanden. Die Genossen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus."

Wie vollzieht nun die Dresdner Organisation den Ausschluß? Fragt sie jedes Mitglied, ob es sich mit den Beschlüssen der Konferenz „solidarisch" erklärt? Und wenn ja, sichert sie dann dem Betreffenden die statutarischen Rechte eines Schiedsgerichts — oder streicht der Vorstand einfach das Mitglied aus der Liste?

Ums tägliche Brot.

Die Agrarier gegen Batocki.

Der Deutschen Tageszeitung hat die Rede des Präsidenten des Kriegsernährungsamts im Verein zur Förderung des Gewerbefleißes nicht gefallen, besonders nicht der Satz, je knapper die Gesamtheit der Waren werde, desto mehr müsse das System der öffentlichen Bewirtschaftung eingreifen. Das Agrarierblatt wendet hiergegen ein, es sei ja nicht eine grundlegende Aenderung des Systems gefordert, sondern nur ein schrittweiser Abbau und eine freiere Beweglichkeit in seiner Durchführung. Weiter schreibt das Blatt:

„Im übrigen scheinen uns aber die Aeußerungen Herrn von Batockis doch stark einseitig formuliert zu sein. Daß eine freiere Preisbildung die Erzeugung nicht sehr wesentlich steigern könnte, mag sein; eine immerhin nicht ganz unbeträchtliche Steigerung wurde aber bei manchen Produkten recht gut möglich sein, wenn man die Festsetzung der Preise den wirtschaftlichen Tatsachen besser anpassen würde. Auf der anderen Seite geben durch die öffentliche Bewirtschaftung auf jeden Fall erheblich mehr Nahrungsmittel verloren, als beim freien Güteraustausch. Wenn also Exz. v. Batocki sagt, je knapper die Gesamtheit der Waren werde, desto mehr müsse das System der öffentlichen Bewirtschaftung eingreifen, dann heißt das schließlich: desto mehr soll diese Knappheit durch Ausdehnung der öffentlichen Bewirtschaftung noch gesteigert werden. Um diese Schlußfolgerung kommt niemand herum; ebensowenig wie um die andere, daß eine Preissenkung, die wenigstens im dritten Kriegsjahre sogar einen Abbau der Erzeugerpreise vornehmen will, auf jeden Fall die Produktion empfindlich schädigen, also von der ersten Seite her die Lebensmittelknappheit verschlimmern muß."

Im Effekt also das alte Lied: entweder noch höhere Preise oder weniger Produktion.

Minderwertiges Fleisch. Das hessische Ministerium des Innern hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach das minderwertige, im Nahrungswert und seiner Schmackhaftigkeit herabgesetzte Fleisch aus Notschlachtungen auf Fleischkarten angerechnet wird. Die Anrechnung erfolgt in der Weise, daß auf jeden Abschnitt (ein Zehntel) der Fleischkarte an Stelle von 25 Gramm Schlachtviehfleisch 50 Gramm minderwertiges oder bedingt taugliches Fleisch entnommen werden könne.

Nationierung der Lebensmittel in Holland.

Haag, 27. Jan. Der sozialistische Kammerabgeordnete Sannes hatte am 6. Januar den Landbauminister gefragt, ob er angesichts der Tatsache, daß in vielen Gemeinden die Bedürftigen nicht genügend Regierungslebensmittel bekommen konnten, weil die Besserstituierten „hamstern", geneigt sei, eiligst die Rationierung auch für diese Artikel einzuführen. (Für Brambrot besteht sie seit Mitte Oktober und für die anderen Brotsorten soll sie am 5. Februar in Kraft treten.) — Darauf hat nun der Minister geantwortet, daß er es bei der Rationierung des Brotes bewenden lassen will. Bezüglich der anderen Artikel sei und bleibe es Aufgabe der Gemeinden, für eine gute Verteilung und Vermeidung des Hamsterns zu sorgen, und sei dies in manchen Gemeinden bereits gut durchgeführt. Hingegen beabsichtige er, zu bestimmen, wieviel die Gemeinden von den einzelnen Artikeln erhalten sollen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 31. Januar 1917.

Eine lehrreiche Haushaltsrechnung.

In der Leipziger Lehrerzeitung vom 10. Januar d. J. hat ein Leipziger Lehrer seine Haushaltrechnung für das Jahr 1916 veröffentlicht, die einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der Lebenshaltung des sogenannten Mittelstandes bildet. Der Lehrer schreibt:

„Meine Familie, bestehend aus Vater, Mutter, vier Söhnen (17, 16, 14. 13 Jahre) und eine Tochter (neun Jahre), brauchte im Kriegsjahre 1916 für

1. Wohnung	655,25 Mk.	=	13,06	Proz.
2. Beleuchtung und Heizung	176,18	„ =	3,36	„
3. Steuern, Kassenbeiträge usw.	474,95	„ =	9,05	„
4 Kleidung, Wäsche	505,60	„ =	9,63	„
5. Ernährung	2472,02	„ =	47,11	„
6. Schulgeld	364,24	„ =	6,94	„
7. Bücher, Fortbildung	70,24	„ =	1,34	„
8. Getränke, Tabak, Zigarren	85,90	„ =	1,67	„
9. Fahrgeld auf Eisenbahn und Elektrischen	119,80	„ =	2,28	„
10. Geschenke, Unterstützungen, Ehrungen	128,35	„ =	2,45	„
11. Sonstige Ausgaben	164,47	„ =	3,14	„
	5247,01 Mk.	=	100,03	Proz
Einnahme an Gehalt	4425,—			
Zuschuß	822,01 Mk.			

In die Augen fallend ist zunächst, daß die Ernährung der Familie beinahe die Hälfte aller Ausgaben, die Versorgung des Geistes mit Nahrung aber nur den 75. Teil ausmacht. Auf eine Person und einen Tag berechnet, kommt auf Beköstigung 0,97 Mk., aber auf Geistesbildung nur 0,02 Mk. Selbst wenn man das Schulgeld noch zur Geistesnahrung rechnet, fällt auf Bildung nur 3 Prozent der Ausgaben. Da bei der Geistesbildung neben den Eltern hauptsächlich die vier Gymnasiasten und eine Volksschulerin in Frage kommen, scheinen die Zahlen eine Illustrierung des Sprichwortes zu sein: Voller Bauch (47,11 Prozent) studiert nicht gern (1½ Prozent). Aber man muß das Wort: Nur in einem gesunden Körper wohnt eine gesunde Seele, entgegenhalten, um das Mißverhältnis zu verteidigen. Den Körper widerstandsfähig zu erhalten, erfordert aber bei den jetzigen Nahrungsmittelpreisen eine besondere Kraftentfaltung des Geldbeutels. Der Geist muß sich dagegen an den billigen Bildungsquellen der Stadt und der Natur laben. Daß der Haushaltungsvorstand mit richtigen Grundsätzen gerechnet hat, beweist die Tatsache, daß der Arzt im ganzen Jahre leer ausgegangen ist und die Schulversäumnisse gleich Null sind.

Bedenkt man die gegenwärtigen Preise für Schuhe, Reparaturen derselben, Kleider, Wäsche und dergleichen, so wird man 9½ Prozent der Ausgabe hierfür zu niedrig finden. Die Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170131-11/fragment/page=0002

gaben würden trotz der größten Einschränkung wesentlich höher sein, wenn nicht der Vater Fleischuster und die Mutter Schneiderin in eigner Person und der Kleiderschrank der verstorbenen Großmutter ein reiches Stoffreservoir gewesen wären.

Position 9 (Fahrgeld) steht auch unter dem Zeichen der Zeit. Die Eisenbahn wurde in den Ferien von den Familienangehörigen fleißig benutzt, um einesteils von ihr zu den „Fleischtöpfen" der Provinz geführt zu werden, anderenteils um dort mit hilfreich die Hand anzulegen. Durch diesen Schachzug ist die Position 9 auf Kosten der Position 5 etwas in die Höhe geschnellt worden. Aber auch das Verbot, das Rad zur weit entlegenen Schule zu benutzen, hat das Seine dazu beigetragen."

Die Rechnung zeigt, wie gedrückt die Lebenshaltung des sogenannten Mittelstandes ist. Die Familie konnte rund 5250 Mk. im Jahre verausgaben und doch konnte sie nicht mehr als 97 Pf. täglich für die Ernährung eines Familienmitgliedes aufwenden. Man braucht nur an die Wucherpreise zu denken, um zu erkennen, wieviel Lebensmittel für 97 Pf. erhältlich sind. Zum Vergleich sei daran erinnert, daß die Soldaten, die sich aus irgendeinem Grunde selbst beköstigen, täglich 1,50 Mk. Beköstigungsgeld erhalten. In der Bezirksanstalt der Amtshauptmannschaft Leipzig werden zurzeit für die in der Anstalt Untergebrachten nur für Nahrungsaufwand täglich 0,85 Mk. berechnet, für das Aufsichtspersonal aber täglich 1,35 Mk.

Die Rechnung ist aber auch lehrreich zur Beurteilung der Lebenshaltung der Arbeiter. Man wird in der Rechnung gewiß nichts von Verschwendung finden; im Gegenteil. Auch die Ausgabe für die Wohnung ist bei den Mietpreisen für eine solche starke Familie eher niedrig als hoch zu nennen, und ebenso steht es mit den anderen Posten. Wenn bei all dem nur 67 Pf. für die reglische Ernährung verausgabt werden können, dann kann man wohl die Frage aufwerfen, was mag den Arbeitern und ihren Angehörigen zum Leben übrig bleiben, die noch lange nicht 5250 Mk. Einkommen haben. Zeigt die Haushaltrechnung, wie armlich und gedrückt die überwältigende Masse des Volkes zu leben gezwungen ist, einschließlich der Leute in sogenannter „gehobener" Lebensstellung, so zeigt sie zugleich auch, was es mit den viel verschrienen „hohen Löhnen" der Arbeiterschaft auf sich hat.

Mutterkurse.

Die Teilnehmerinnen seien nochmals daran erinnert, daß der nunmehr genehmigte Kursus der Schwester Lydia Ruehland morgen, Donnerstag, um 8¼ Uhr im Volkspark beginnt. Es wird um möglichst pünktliches Erscheinen gebeten, damit die Veranstaltung ohne Hast rechtzeitig beendet werden kann.

Da die Verzögerung der behördlichen Genehmigung eine Verschiebung des Kursusbeginns um 14 Tage gebracht hat, müssen jetzt die übergangenen beiden Abende eingeschaltet werden. Die Vorträge werden danach stattfinden: Donnerstag, den 1. Febr., Montag, den 5. Februar, Donnerstag, den 8. Februar, und Montag, den 12. Februar. — Für die bessere Aufnahme des Gebotenen ist diese Zusammenrückung sicherlich nicht von Nachteil.

---

* **Helft die Schneemassen beseitigen!** Der Magistrat erläßt folgenden dringenden Aufruf: „Seit Tagen fällt Schnee; er häuft sich in den Straßen und hemmt den Verkehr. Die Männer, die sonst dafür sorgten, binnen 24 Stunden die Straßen freizumachen, stehen draußen gegen den Feind. Wer soll hier ihre Arbeit verrichten? Können wir ruhig zusehen, wie die armen Pferde ihre letzte Kraft hergeben, um die Lasten von der Stelle zu bringen, und es doch nicht können? Die Pferde ziehen Kriegsgut! Kriegsgut darf nicht liegen bleiben. Jede Verzögerung nützt dem Feinde! Können wir das dulden? Freiwillige vor! Keine Arbeit schändet, die dem Vaterlande hilft, wo und wie es auch sei. An die Hausbesitzer und Verwalter wende ich mich in erster Linie. Jeder schaffe vor seinem Grundstücke den Schnee vom Straßendamm soweit zur Seite, daß freie Bahn für den Verkehr entsteht. Nicht der Bürgersteig ist jetzt die Hauptsache, sondern der Straßendamm, damit auf ihm die Frachten und Güter in die Fabriken rollen, damit ein jeder seine Kohlen, sein Mehl, seine Kartoffeln und was sonst zum Leben notwendig ist, zur rechten Zeit erhalte. Wer hierzu unfähig, dient allen. Reicht die eigene Kraft nicht aus, so wende der Hausbesitzer sich getrost an jeden geeigneten Bewohner seines Hauses und rufe ihn zur Hilfe auf. Ich vertraue, daß keiner, der helfen kann, sich der Mithilfe versagen wird!"

Vorstehenden Aufruf hat der Oberbefehlshaber der Marken an die Bevölkerung Groß-Berlins gerichtet. Bei uns liegen die Verhältnisse ebenso. Der Magistrat wendet sich daher an die Bürgerschaft, die Hausbesitzer und Verwalter von Halle mit dem gleichen Ruf um Hilfe.

* **Die städtische Frauenschule als Berufsschule.** Die Frauenschule Burgstraße 45, die leider nur die aus dem Lyzeum abgehenden Schülerinnen aufnimmt, ist in dem ersten Jahre ihres zweijährigen Kursus keine Berufsschule. Den jungen Mädchen soll Gelegenheit geboten werden, in einem systematisch geordneten Lehrgang ihre Anlagen und Neigungen für einen späteren Beruf zu prüfen. Mit 16 bis 17 Jahren ist es sehr früh, eine Entscheidung für den Lebensberuf zu treffen. Daher entwickelt das erste Schuljahr der Frauenschule durch die Pflichtstunden in Haushaltungslehre und Kindergartenunterweisung ein Verständnis für die hauswirtschaftlichen und kinderpflegerischen Aufgaben der Frau und der damit zusammenhängenden hauswirtschaftlichen, erzieherischen und sozialen Frauenberufe. Daneben werden die im Lyzeum gelehrten wissenschaftlichen Fächer weiter behandelt. Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre machen die Schülerinnen mit der Entwicklung und den Grundlagen unseres modernen Staatslebens bekannt. Wie auch später das Leben sich für das junge Mädchen gestalte, ob ihr Pflichtenkreis sie an den eigenen Herd oder in einen erwerblichen Beruf führe, die in der Allgemeinen Frauenschule erworbenen Kenntnisse sind ihr auf alle Fälle nötig. Ein zweites berufsloses Jahr schließt sich der Unterstufe an. — Seit zwei Jahren ist ein Fachkursus zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen angegliedert worden, desjenigen Berufes, der dem mütterlichen am nächsten steht. Die höhere Frauenschule schließt den einjährigen Fachkursus mit dem staatlich anerkannten Examen ab. Dieses eröffnet heute gute Berufsaussichten. Die Kindergärtnerinnen-Ausbildung ist die Grundlage für zahlreiche soziale Berufe, die dem Wesen der Frau so ganz entsprechen und die heute an so vielen verschiedenen Stellen Betätigung finden können; vor allem ist die staatliche Prüfung der Kindergärtnerinnen die Grundlage zu der Ausbildung der Jugendleiterinnen. Die städtische Frauenschule faßt so die Ausbildung der Frau für ihren Beruf im eigenen Hause und die Berufsbildung zur Kindergärtnerin in sich zusammen.

Nur schade, daß diese sehr nützlichen Einrichtungen nur für solche Mädchen da sind, deren Eltern die vielen Jahre hindurch die hohen Schulgelder für das Lyzeum aufbringen konnten. — Die Zulassung geeigneter Mittelschülerinnen müßte zum mindesten doch auch möglich sein.

* **Beschlagnahme von Rohseide und Seidenabfällen.** Mit dem 31. Januar ist eine Bekanntmachung über Beschlagnahme und Bestandserhebung von rohen Seiden und Seidenabfällen aller Art in Kraft getreten, durch die sämtliche vorhandenen, anfallenden und noch weiter eingeführten rohen Seiden und Seidenabfällen aller Arten beschlagnahmt werden. Die Beschlagnahme erfaßt Seiden in gerissenem und effilochiertem Zustande, sowie gemischt mit Baumwolle, Wolle und Kunstseide oder irgendwelchen anderen Spinnstoffen und die aus ihnen oder ihren Mischungen hergestellten Züge, sowie die beim Spinnen, Zwirnen und Weben abfallenden Abgänge. — Nach der Beschlagnahme ist die Veräußerung und Lieferung der beschlagnahmten Gegenstände nur an die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 1—6, erlaubt. Die erste Meldung hat für den Bestand vom 1. Februar bis zum 10. Februar auf den vorgeschriebenen Meldescheinen zu erfolgen. — Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung über Höchstpreise für rohe Seiden und Seidenabfälle aller Art in Kraft getreten. Der Wortlaut beider Bekanntmachungen, die verschiedene Einzelbestimmungen, insbesondere auch über Ausnahmen, enthalten, können bei den Landratsämtern und Polizeiverwaltungen eingesehen werden.

* **Höchstpreise für Zink.** Am 1. Februar tritt eine Höchstpreisverordnung für Zink in Kraft, in der für Zink je nach dem Feingehalt, auch für umgeschmolzenes Zink, Altzink und dergleichen und für Zink in Erzen Höchstpreise festgesetzt werden. Ausnahmen können insbesondere bei Einfuhr gestattet werden. Anfragen sind an die Metallmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsamts des Königlich preußischen Kriegsministeriums, Berlin W. 9, Potsdamer Straße Nr. 10 bis 11, zu richten. Einzelheiten sind aus der Bekanntmachung zu ersehen, die bei den Landratsämtern und Polizeibehörden aushängt.

* **Neue Silbermünzen.** Um dem Mangel an Silbergeld abzuhelfen, sollen bereits im Januar für vorläufig 8½ Millionen Mark neue Silbermünzen geprägt werden, die sich von den bisherigen dadurch unterscheiden, daß sie auf der Rückseite an Stelle des Reichsadlers das Eiserne Kreuz mit Krone und die Jahreszahlen 1914 bis 1917 tragen.

* **Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft** wird infolge der großen Schwierigkeiten von langer Hand vorbereitet. Der Reichskanzler hat jetzt auch einen Hallischen Fabrikbesitzer, Dr. phil. Willi Schultze, in Firma A. Schultze u. Ko., Oelfabrik in Halle, als Mitglied in den Beirat des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft berufen.

* **Kriegsdividende.** Die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann u. Ko., Akt.-Ges. in Halle, kann aus dem Ueberschuß von 305 900 (425 068) Mark wieder 9 Prozent Dividende ausschütten. Weiter werden noch 50 000 Mark dem Erneuerungs- und Dispositionsfonds, 10 000 Mark dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds überwiesen, 6000 Mark (wie im Vorjahre) für Kriegswohlfahrtszwecke verwendet und 14 834 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im Vorjahre war noch ein Betrag von 122 000 Mark für die Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt worden. Auch hatte man damals die Arbeiter- und Angestellten-Unterstützungsfonds mit je 10 000 Mark mehr bedacht. Sie müssen diesmal zurückstehen, um nur ja die Herren Aktionäre voll bedenken zu können.

* **Margarine** wird Donnerstag in der Talamtschule und auf dem Schlachthof auf die Nummern 54 001 bis 65 000 der Lebensmittelscheine abgegeben.

* **Stadttheater.** Der für heute angesetzte Märchennachmittag mußte wegen technischer Schwierigkeiten ausfallen. Heute abend wird das Lustspiel Am Teetisch wiederholt. Morgen, Donnerstag, findet die Erstaufführung der Oper Die weiße Dame statt, die szenisch in völlig neuem Gewande erscheint. Am Freitag werden Die beiden Schützen von Lortzing wiederholt, am Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, wird auf vielfachen Wunsch Wilhelm Tell noch einmal als Schülervorstellung gegeben. Am Sonnabend abend kommt die Operette Das Dreimäderlhaus zur Aufführung. Für die Sonntag-Nachmittagsaufführung der Oper Tiefland hat der Vorverkauf bereits begonnen.

* **Lichtbilder-Vortrag.** Dem Hallischen Geflügelzüchter-Verein ist es gelungen, Dr. P. Trübenbach-Chemnitz zu einem lehrreichen Vortrag zu gewinnen, der durch 100 Lichtbilder ergänzt wird. Die Eintrittspreise sind niedrig gehalten. — Ferner wird auf die am 3. und 4. Februar in den oberen Räumen des St. Nikolaus stattfindende Geflügel- und Kaninchenschau hingewiesen. Ganz besonderer Wert ist diesmal auf die Geräteabteilung gelegt.

* **Walhallatheater.** Die Erstaufführung der Operette Ein Walzertraum findet morgen, Donnerstag, statt. Das Gastspiel des bekannten Berliner Operetten-Tenors Fred Carlo wird großes Interesse erwecken. Die Rolle der Prinzessin Helene spielt Paula Dereani als Gast und in der Partie der Franzi Steingruber wird man Tilde Ziemann von ihrer besten Seite kennen lernen. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

* **Feuer.** Zur Beseitigung eines Ballenbrandes wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück der Landwehrstraße gerufen. Nach kurzer Tätigkeit konnte die Wehr wieder einrücken.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Freigesprochen. Wegen eines angeblich im Jahre 1912 begangenen Sittlichkeitsverbrechens an einem Mädchen unter 14 Jahren hatte sich der Arbeiter P. aus Merseburg zu verantworten. P. stammt aus einer Landwirtsfamilie und besuchte die Ackerbauschule. Seinem Berufe blieb er jedoch nicht treu und kam schließlich mit dem Strafgesetz in Konflikt. Er mußte eine Reihe Haftstrafen wegen Bettelei verbüßen, auch einige Diebstähle hatte er begangen. 1912 sollte er sich dann in Merseburg an einem Mädchen vergangen und sogar Notzucht an ihm verübt haben. Die Angelegenheit konnte durch widrige Umstände erst jetzt ihren gerichtlichen Abschluß finden. Es waren 25 Zeugen geladen, von denen drei, darunter die Eltern des Angeklagten, inzwischen verstorben sind. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, so daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Schöffengericht.

Ein ungetreuer Nachtwächter. In einem Lichtspielhause waren öfters Gegenstände aus den Bureauräumen verschwunden. Auch von Besuchern verlorene Gegenstände wurden vermißt. Die Geschäftsleitung glaubte zuerst, daß es sich um Veruntreuungen durch Reinemachefrauen handle. Fünf Angestellte wurden entlassen, bis durch einen Zufall sich der Verdacht auf einen Wächter der Wach- und Schließgesellschaft lenkte. Es stellte sich dann heraus, daß es sich um einen Wachter Sch., der erst 19 Jahre alt ist, handelte. Sch. gestand auch ein, den größten Teil der Sachen gestohlen oder unterschlagen zu haben. Er hatte auch noch geringe Mengen von Brot und Zigarren an sich genommen. Wegen aller drei Vergehen wurde er jetzt zu fünf Wochen Gefängnis und neun Mark Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Die Säuglingssterblichkeit in Preußen.

Die Erörterung bevölkerungspolitischer Fragen im verstärkten Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses lenkt den Blick auf die Säuglingssterblichkeit.

Von 10 000 Lebendgeborenen starben in Preußen, wie wir der Zeitschrift des Kgl. Sat. Landesamtes entnehmen, während des ersten Lebensjahres 1881—1890: 2075, 1891—1900: 2031, 1901—1910: 1788 und 1911—1914: 1019. Diese Ziffern sind ein erfreulicher Beweis von der Wirkung gesundheitlicher Lehren und Maßnahmen. Und gerade in den größeren Städten, die früher besonders unter der Säuglingssterblichkeit zu leiden hatten, haben sich die Verhältnisse so gebessert, daß ihre Gesamtdurchschnittsziffer im letzten Fahrfünft noch hinter der des ganzen Staates zurückbleibt: in den 68 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern starben durchschnittlich von 1000 Säuglingen in obigen Zeitabschnitten 222, 214, 180 und 156.

Unter den Städten befindet sich keine, deren Säuglingssterblichkeit nicht günstiger geworden wäre. Am meisten ist die im ersten Jahrzehnt allerdings ziemlich hohe Ziffer Charlottenburgs zurückgegangen, von 288 auf 132, also um mehr als die Hälfte. Die Ziffern der 1881/90 noch stärker belasteten Städte Liegnitz (385), Görlitz (309), Breslau (300), Brandenburg und Königsberg (je 296) berechneten sich im letzten Jahrzehnt um mehr als 100 niedriger; sie waren in der Reihenfolge der obigen Städtebenennung 210, 166, 181, 192 und 179. Auch die Ziffer Berlins ist von 270 auf 152 gesunken.

Sehr verschieden ist die Säuglingssterblichkeit in den westlichen und östlichen Regierungsbezirken.

So günstig das Gesamtergebnis ist, so sehr bleibt aber auch noch den bevölkerungspolitischen Maßnahmen ein weites Feld der Betätigung. Das erste Ziel derselben wird die Erhaltung der Wochenhilfsverordnungen für die Friedenszeit und ihre weitere Ausgestaltung sein müssen.

Gewerkschaftliches.

Streiks in Frankreich.

Wie der Matin meldet, befinden sich zurzeit in Frankreich die Arbeiter verschiedener Gewerbe im Streik. So sind in Montauban die Hutarbeiter, in Millau die Handschuharbeiterinnen im Ausstand; ebenso mußten die für Heereslieferungen beschäftigten Gummiwerkstätten in Brive schließen.

Allerlei.

Gegen die Hamster.

Die badische Regierung hat Maßnahmen ins Auge gefaßt, um dem immer noch sich breit machenden Unwesen der wilden Aufkäufe von Lebensmitteln auf dem Land entgegenzutreten. Besonders gern wird Mittelbaden von Leuten aus Mannheim, Karlsruhe, Straßburg und anderen Städten aufgesucht, und es werden immer noch ungeheure Preise bezahlt. Der Stadtrat von Baden-Baden hat sich mit diesen wilden Aufkäufen befaßt und eine Konsumentenversammlung in Offenburg einberufen. Dabei wurde auch mitgeteilt, daß für ein Pfund Butter der Preis von 10 Mark, für ein Ei 50 Pf. und für fünf Liter Oel 250 Mark (!) bezahlt worden sind. Das Ministerium des Innern wird deshalb anordnen, daß bei Reisenden, die vom Lande kommen, Stichproben auf den Bahnhöfen und auf den Straßen gemacht werden. Rucksäcke, Handtäschchen usw. wird man dabei besonders im Auge haben. Die mitgeführten Lebensmittel, deren unmittelbarer Verkauf den Herstellern verboten ist, werden beschlagnahmt.

Wo das Schweinefleisch bleibt.

In Bosbrunn in Unterfranken wurde ein Frankfurter Automobil aufgehalten und ihm folgende Ladung abgenommen: 1 geschlachtetes, zerlegtes Schwein von 116 Pfund, 1 eingepökeltes Schwein, geräucherter Schinken und geräucherte Rindzungen, 58 Pfund Leber- und Blutwürste, 35 Pfund geräucherter Preßsad, 1 Säckchen mit Walnüssen, 1 Kistchen Eier, 2 Gänse und 2 lebende Hühne, 1 Sack mit 1½ Zentner Mehl, 1 Rehgeiß von 36 Pfund und 1 Sack mit Erbsen. Es scheint in Frankfurt a. M. also einen besonders bedürftigen „Schwerarbeiter" zu geben, der sogar eine erklecklche Menge Schweinernes nicht verschmähte.

Der „Anschlag" auf den König von Spanien.

Zu dem angeblichen Anschlag auf den Zug des Königs von Spanien wird amtlich bekanntgegeben, daß die Adressaten einer Bleisendung von Puente Genil erklärten, ihnen fehlten die zwei Bleistücke, die auf dem Bahngleis aufgefunden wurden. Alles deute darauf hin, daß es sich einfach um einen Diebstahl handle.

Die merkwürdigen Bleiklumpen, die bei dem sogenannten Attentat eine so erhebliche Rolle spielen, scheinen übrigens auf ganz natürliche Weise an den Fundort geraten und durchaus harmloser Natur zu sein. Wie über Basel aus Madrid gemeldet wird, soll der bewußte Bleiklumpen, der auf dem Gleise gefunden wurde, aus einem dem Königszuge voranfahrenden Güterzuge herausgefallen sein. Es würde sich also nicht um ein Attentat handeln. Der Ministerpräsident erklärte ebenfalls, daß nach den ersten Ergebnissen der Untersuchung es sich nicht um ein Attentat gegen den König handelt.

Schneestürme in Frankreich und Italien.

Den Meldungen der französischen Presse ist zu entnehmen, daß der jüngste heftige Schneesturm im ganzen Süden von Frankreich von einer grimmigen Kälte begleitet war, welche den Kulturen dieser an warme Temperaturen gewöhnten Provinzen des südlichen und südwestlichen Frankreich großen Schaden zufügte und diese teilweise zerstört hat. Die Temperatur von Bordeaux bis Marseille war bis zu 3 Grad unter Null gefallen.

In Italien war in zahlreichen Provinzen der ungeheuer heftige Schneesturm mit einer außergewöhnlichen Kälte verbunden. In Venedig trat Hochwasser ein, das vom Sturm bis in die Straßen und Plätze getrieben wurde. In Florenz waren sämtliche Telephonleitungen unterbrochen. Auch die Bahnverbindungen waren durch Schneeverwehungen und Brückeneinstürze zwischen Rom und Turin gestört.

Die Melinitexplosion bei Paris.

Ueber die Explosion in Mazsh-Palaiseau berichten Pariser und Londoner Blätter, daß die Fabrik die ganze Nacht brannte unter schwächeren Explosionen. Die dritte, stärkste Explosion war in ganz Paris und Versailles hörbar. Der Schaden ist viel größer, als anfangs angenommen. Der Boden ist an der Unglücksstelle wie umgegraben und von der Fabrik steht kein Gebäude mehr. Die geringe Zahl der Toten ist dem glücklichen Umstande zu verdanken, daß die Fabrik rechtzeitig geräumt worden war.

Kartoffelschwindler. Wie die Münchner Post berichtet, gehen in den äußeren Stadtteilen München's Männer umher und „kontrollieren" die Kartoffelvorräte. Bei größeren Vorräten nehmen sie angeblich „im Auftrage des Magistrats" gleich bestimmte Mengen mit. Der Magistrat hat aber bisher einen Beschluß, daß Kartoffeln weggenommen werden, nicht gefaßt. Es kann sich also nur um Schwindler handeln.

Die Blatternerkrankungen in Norwegen. Wie aus Christiania gemeldet wird, sind in Drontheim zwei neue Fälle von Blatternerkrankungen eingetreten.

Die Ueberreste eines Mammuts fanden Arbeiter bei Grabungen in Riehen, an der deutsch-schweizerischen Grenze.

Briefkasten der Redaktion.

L. Schr. in Br. Sie müssen sich dorthin wenden, wo Sie seither die Unterstützung erhielten. Wenn das jetzige Einkommen Ihres Mannes geringer ist wie Ihre seitherige Unterstützung zuzüglich 2 Mk. pro Tag für den doppelten Haushalt, müssen Sie den Fehlbetrag an Unterstützung weiter erhalten.

W. 100. Stellen Sie den Antrag auf die Abfindung im Falle der Wiederverheiratung bei der Ortsbehörde. Sie bekommen etwa 600 Mark.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Kemitz; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Roch, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Hertzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Rasch und sicher wirkend bei
Jogal
Gicht Rheuma Ischias | Hexenschuss Nerven- und Kopfschmerzen
Aerztlich glänzend begutachtet. Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Togal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 1,40 Mk. und 3,50 Mk. *1886

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170131-11/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Mittwoch zum letzten Male:

„Der Soldat der Marie“

Jubelnder Beifall! Grösster Erfolg!

3920 Donnerstag, Erst-Aufführung:

„Ein Walzertraum“

Operette von Oskar Strauss.

Prinzess Helene . . . Fr. Paula Dereenai als Gast.
Leutnant Niki . . . . Herr Fred Carlo
vom Berliner Theater des Westens als Gast.
Franzi Steingruber . . . . . Frl. Tilde Ziemann.

Karten schon heute! Keine erhöhten Preise!

Tageskasse 10—1½ und 4—6 Uhr.
Anfang ½8 Uhr.

Nur noch bis Donnerstag!

Alte Promenade **11a.** Fernspr. 5738.

U.T

Leipzigerstraße **88.** Fernspr. 1224.

3920

Tyrannenherrschaft
(Aus Polens schwerer Zeit).
Das gewaltigste Filmgemälde der Gegenwart - 5 Akte - von Alfred Deutsch-German.
10 000 Mitwirkende.
Bedeutend verstärkt. Orchester.
Vorführung: 3. 5. 7. 9 Uhr.
Jugendliche haben bis 7 Uhr Zutritt.

Bretter, die die Welt bedeuten.
Ein Lebensbild aus unserer Zeit
— in 4 Bildern. —
Vorführung: 4¹⁰, 6¹⁰, 8¹⁰ Uhr

Der standhafte Benjamin
4 Akte urwüchsigen Humors.
Vorführung: 5⁰⁰, 8⁰⁰ Uhr.

In beiden Theatern: Die neuesten Kriegsberichte.

U.T **Alte Promenade 11a.**
Fernsprecher 5738.

Voranzeige!
Ab Freitag den 2. Februar 1917:
Henny Porten in
„Gretchen Wendland“

U.T **Leipzigerstrasse 88.**
Fernsprecher 1224.

Die Sommeschlacht.
Unsere Helden an der Somme.
Militärisch-amtlicher Film von der Westfront in mehreren Abteilungen. 3921

Thalia-Saal.

Freitag, den 2. Februar, abends 7¾ Uhr:

: Lichtbilder-Vortrag :

„Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Geflügelzucht“.
— 100 Lichtbilder. — 3915

Eintritt: 1. Platz 1 Mark, 2. Platz 50 Pfennig.
Militärs vom Feldwebel abwärts zahlen die Hälfte.

Hallischer Geflügelzüchter-Verein, e. V.

Geflügel- und Kaninchenschau
am 3. und 4. Februar im „St. Nicolaus“.
Hallischer Geflügelzüchter-Verein, e. V. 3916

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Donnerstag den 1. Februar 1917:
Die weisse Dame.
Komische Oper in 3 Aufzügen von F. A. Boieldieu. 3919

Freitag den 2. Februar 1917:
Die beiden Schützen.

Zoo!

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr:

Gesellschafts-Konzert
vom Stadttheater-Orchester.
Solistin:
Konzert- und Oratorien-Sängerin *1389
Frau Gertraud König-Wahlen.

Federzug-Hosenträger,
sehr elastisch, ohne Gummi, kein Schulterdruck, schont die Wäsche, unverwüstlich im Tragen, Paar 2.25, in einfacher Ausführung Paar 1.50 Mk.

Dauerwäsche Marke Waschbär,
Kleiner Berlin Nr. 2, 1 Treppe, Ecke Sternstrasse. 3918

Dauerhafte 3923
Markttaschen
mit starken Lederriemen
sehr billig.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 99.
Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

Kaufe alte, auch zerbrochene
Gebisse
sowie Platin u. alte Brennstifte. Zahle für den Zahn bis 1 Mk., Platin rein 7 Mk. *1383
In Halle nur Freitag, den 2. Febr., von 9-1 u. 2-5 Uhr im Hotel Stadt Berlin, Leipzigerstr. 45, Zimm. 6, 1 Treppe.
Carl Willig, Willigrad (Meckl.)
berechtigter Aufkäufer.

Tornister 3914
für Knaben und Mädchen von 2.95—10.75 preiswert bei
H. Ekkan, Leipzigerstr. 87.

BETTNÄSSE 3922
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. „Sanis-Versand“ München 739 Landwehrstr. 44

Thermosflaschen
halten heisse Getränke stundenlang heiss. 3923
Sanixflaschen v. 2.75 M. an.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 99.
Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Lumpen, Knochen, Eisen, 3604 Metalle, Papier kauft
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Schul-Tornister
den Verhältnissen entsprechend preiswert.
Zu haben in der
Volks-Buchhandlung.

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt 3607] Wally May, Torstraße 49.

Apollo-Theater.

3917

Februar 1917

Kurzes Gastspiel!

Hartstein

der unübertreffliche
rheinische Komiker
in dem
glänzenden Schlager:

Ein prächtiger Kerl.

Ausstattungs-Posse in 6 Bildern
von
Wilhelm Hartstein.

1. Bild: **Der Sänger vom Rhein,**
2. Bild: **Graf Waldemar,**
3. Bild: **Verlobung u. Katastrophe,**
4. Bild: **Die Gerichts-Verhandlung,**
5. Bild: **Der letzte Gang,**
6. Bild: **10000 Mark Belohnung.**

Nie dagewesene Ausstattung!

Eintrittspreise:
3.—, 2.—, 1.50, 1.—, 0.60 Mk. inkl. städt. Steuer.

Lumpen!

3705

Zahle für

Lumpen	kg 15-20 Pfg.		Alte Strumpfabfälle	kg 160 Pfg.	
Knochen	kg 10 „		Heutuch	„ 100 „	
Alt-Papier	„ 4 „		Zeitungen u. Bücher	„ 6 „	

Teleph. 2409. **Alfred Rein,** Königsberg 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170131-11/fragment/page=0004

Halle, 31. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 26 — 1917

34]

Die achte Todsünde.

Roman von Ludwig Bendler.

Nachdr. verb.

„Ist von meinen Bekannten jemand hier gewesen?" fragte Wahlberg. „Vielleicht Herr Leopold? Er beabsichtigte, nachmittags weiter zu wandern und wollte mir hier oben „Adieu" sagen."

Bellermann erklärte, Leopold bis jetzt nicht bemerkt zu haben, sondern nur Holzapfel, der in seiner bisherigen Gesellschaft noch immer verweile.

„Sehen Sie, Professor, da — jrade erheben se sich, jewiß, um ir de Vorstellung zu jeben. — der Holzapfel, die Rosa Winter un ein Hofrat, Theaterdirektor Brandhuber. Jleich wer'n se bei uns vorbeibef'lieren."

Und in der Tat, die Herrschaften defilierten, während dessen die Dramatische, ihre Eigenschaft als echtes Theaterweib darlegend, gerade dem Herrn Hofrat scharf betont ihre Meinung sagte:

„Nee, Direktorchen, gutmütig bin ich ja, auch ziemlich dumm, aber so dumm, wie Sie denken, doch nicht. Fünfzehnhundert — nicht einen Nickel weniger. Lieber stopf ich Strümpfe oder fahre meine Babys im Kinderwagen raus an de Frühlingsluft."

„Vergessen Sie nicht, Fräulein Winter," betonte mit biederem Anstrich vermittelnd Herr Holzapfel, „daß es eine Ehre ist, für Graz verpflichtet zu sein."

„Eine größere Ehre wäre es für Graz, mich verpflichtet zu haben. Haha, der liebe kleine Holzapfel — noch vor vier Wochen konnte er über mich stolpern, ohne zu grüßen —"

„Aber Fräulein Winter!" entrüstete sich Holzapfel

„Heute dagegen — wie anders wirken diese Zeichen auf mich ein — nicht Holzapfelchen?"

„Wenn das gute Gewissen nicht wäre," stöhnte kummervoll der Agent und — damit war die kleine Gesellschaft vorüber. An der Ausgangstür sah man sie auf Leopold treffen, der, im Begriff einzutreten, die drei grüßend vorbeiziehen ließ, um dann im Lokal nach dem Professor Umschau zu halten.

In doppelter Hinsicht bedeutete sein Kommen gerade jetzt für Wahlberg etwas Angenehmes, denn längere Zeit mit Bellermann allein zusammensitzen zu müssen, wäre ihm kein Vergnügen gewesen. Hatte er doch auch schon durch die Sonderbarkeit seiner Einladung, die den Choristen bei der Mahlzeit auf sich allein anwies, dem möglichst vorgebaut.

Was sollte er mit dem einstmaligen Konservatoriumsgenossen, dessen Schritte so weit hinter den seinigen zurück, dessen Gesichtskreis der eines untergeordneten Geistes geblieben war, reden, das ernsterer Erörterung wert gewesen wäre. Er stand ihm von Herzen gern zur Verfügung, diente dem armen Teufel, wann und wie er konnte, aber in gesellschaftlicher Beziehung — die Kluft war zu groß.

Anders verhielt sich's mit Leopold, der über eine umfassendere Allgemeinbildung verfügte und als der Vertreter einer höheren musikalischen Sphäre mit Wahlberg plauderte, einer Sphäre, der ein großer Prozentsatz aller Opernangehörigen überhaupt fremd gegenüberstehe. Was wußte ein Bellermann aber mit ihm auch mancher weitaus bevorzugtere Bühnenkollege von der Größe Bachs, Beethovens, von der eines Schumann oder Schubert. Höchstens, daß sie in der Lehrzeit einmal dies oder jenes Lied von ihnen gesungen hatten.

Leopold war etwas erregter als gewöhnlich. Er hatte sich neuerdings um den Dirigentenposten einer Musikgesellschaft in einer mittleren rheinischen Stadt beworben und lebte nun in der angenehmen Erwartung, daß das zu einem erwünschten Ziele führen könne. Dann wollte er an den widermärtigen Theaterkram überhaupt nicht mehr denken, im Gegenteil, sein Kopf arbeitete schon jetzt an dem Programm, mit dem er sich als mutmaßlicher Vereinsdirigent vorteilhaft und erfolgreich einzuführen gedachte.

Wie sich Wahlberg dazu stellen, ob er ihm beistimmen, was er möglichenfalls dagegen einzuwenden haben würde, das bildete den Gesprächsstoff zwischen beiden, zu dem denn auch Bellermann hin und wieder ein paar „unpassende" Worte schüchtern beisteuerte. Freilich, seine liebere Unterhaltung blieb das Glas, das vor ihm stand.

Bald war die Stunde herangerückt, da Leopold von seinem verehrten Lehrmeister Abschied nehmen mußte, um das verabredete Zusammentreffen in Bernek nicht zu versäumen.

Man trennte sich unter gegenseitigen Wünschen für fernere glückliche Erholungszeit, und Wahlberg versäumte nicht, in stetem Denken an Charlotte, Leopold noch nachzurufen: „Und — wenn Sie erst den Taktstock schwingen, Leopold, vergessen Sie nicht Fräulein Eichs als Solistin!"

„Wenn ich aber gerade die vergessen wollte —," gab Leopold wie scherzend zurück und schwenkte, schon im Abmarsch, den Hut. „Einen Gruß an sie, und sie soll trotzdem die Warnung Leopolds nicht gar so arg auf die leichte Achsel nehmen!" —

„Soll seine Warnung nicht auf die leichte Achsel nehmen," und — „wenn er gerade die vergessen wollte —?"

Der Professor schüttelte den Kopf. Er begriff nicht recht.

Achtzehntes Kapitel.

„Zu der ehelichen Verbindung unserer Tochter Anna Gertrud Charlotte Eich, geboren am 29. Oktober . . . in Giebichenstein, mit dem Herrn Professor Ernst Detlef Wahlberg, Kammervirtuos Seiner Majestät des Königs, erteilen wir hiermit freiwillig und ausdrücklich unsere elterliche Genehmigung und begeben uns zugleich jeglichen Rechts eines etwaigen späteren Widerrufs oder irgendwelcher Einmischung in die ehelichen Angelegenheiten unserer obengenannten Tochter. — Zugleich bekennen wir, von Herrn Professor Wahlberg, dem demnächstigen Gatten unserer Tochter, als Entschädigung für die Erziehungskosten Anna Gertrud Charlottes, deren Mithilfe in unserem Familienkreise und Geschäft wie durch ihre Verbereitung verlustig gehen, eine einmalige Abfindungssumme von zehntausend Mark bar und richtig erhalten zu haben.

Giebichenstein, am . September . . ."

Dies der Wortlaut des Dokuments, das Herr Rechtsanwalt Geisendörfer, der erst Mitte September, mit Ende der Gerichtsferien, aus der Sommerfrische zurückgekehrt war, seinem Klienten Professor Wahlberg nach dessen ungefährer Angabe zur Einsicht vorlegte.

„Es handelt sich jetzt nur darum, zu dieser Urkunde die Unterschriften des Herrn Eich und seiner Frau zu erlangen und sie notariell beglaubigen zu lassen," erklärte der Rechtsanwalt. „Dann steht Ihrer Heirat nichts im Wege. In das Dokument weitere Versprechungen hineinzubringen, man wolle dann Ihrer Frau Gemahlin und Ihre Wege nicht ferner kreuzen, wäre zwecklos und schützt Sie nicht vor etwaigen späteren kleinen Ueberfällen. Gegen die müßte man dann zu anderen Waffen greifen."

„Ganz meine Meinung," stimmte der Professor bei. „Unterlassen wir also derartige Zusätze. Und wann, im Falle, daß es gut ginge, denken Sie alles so weit zu haben?"

„Nun, ich glaube, einem so edlen Anerbieten gegenüber wird sich das Ehepaar Eich, wie Sie es schildern, nicht spröde verhalten. In längstens vierzehn Tagen also."

„Durchaus erwünscht. Dann würde ich gleich im Anschluß an unsere Konzertreise nach Graz und Bern, also Mitte Oktober etwa, unsere Verlobung bekanntmachen und die Hochzeit auf Ende November feiern können." — —

So weit waren Wahlbergs Vorkehrungen gediehen. Sein Entschluß stand fest, die Hindernisse, die seiner Vereinigung mit Charlotte noch im Wege lagen, jetzt rasch und unter jeder Bedingung zu beseitigen. Deshalb die beträchtliche Summe, die er den Eltern seiner Verlobten aussetzte und deren Höhe einen ernstlichen Widerstand von seiten der unangenehmen Gegenpartei kaum noch befürchten ließ.

Charlotte, deren Studien seit Baireuth um so eifriger aufgenommen worden waren, als die Konzerte in Genf und Bern nahe genug bevorstanden, fand für die Generosität ihres Bräutigams kaum treffende Worte.

Derartige Opfer brachte er ihr und ihrem Besitz, in solche Widerwärtigkeiten, wie die mit ihrer Familie, hatte er sich begeben, um sie die Seine nennen zu können. Welch ein Grad von Liebe, von aufrichtiger Zuneigung gehörte dazu!

War sie dessen wohl wert, war sie fähig, ihm würdig zu vergelten, ihm mit gleichem Maße wiederzugeben, was er nur sie tat? — Kein Zweifel, sie hatte sich ihm zu verlobt, wollte seine Gattin werden und als solche — Schließt nicht die Ehe alles in sich, was das Weib dem Manne zu geben vermag?

Sie war ihm ja gewiß auch herzlich gut und fühlte wohl, wie undankbar sie wäre, hätte sie ihn, dessen kraftvolle Persönlichkeit sie sich täglich dienen ließ, nicht auch — — geliebt. Ihn, den ersten wahrhaft gebildeten Mann, der segensstiftend in ihr Leben eingriff.

Und trotzdem — zuweilen wollte es ihr scheinen, als fehle ihrer Neigung zu ihm doch etwas, um sie vollkommen zu gestalten, als fülle diese Neigung sie nicht ganz aus, als mangele ein Bestandteil, nach dem sie tastete und sich doch nicht Rechenschaft darüber geben konnte. — —

(Fortsetzung folgt.)

Die Juden in Warschau.*)

I.

Das erste Gefühl ist Verwunderung. In einer halben Stunde habe ich mehr Juden gesehen, als vorher in meinem ganzen Leben — und was für Juden! Ein neues Volk, dessen Dasein ich kaum geahnt habe und dessen Züge ich niemals aus allen Schilderungen der russischen Pogrome herauslesen konnte. Für den Fremden drücken sie im ersten Augenblick Warschaus Straßenleben den Stempel auf. Teilweise schon infolge ihrer Zahl. Warschau ist die größte Judenstadt in Europa. In Friedenszeiten wohnten ungefähr 300 000 Juden dort; gegenwärtig ist ihre Prozentzahl, wie man glaubt, auf etwa 50 Prozent gewachsen. Dazu kommt, daß sie sich mehr auf den Straßen zeigen als die übrigen Einwohner — und schließlich: man bemerkt sie.

Anfänglich staunt man über sie, nachher muß man lächeln. Es mag für menschenfreundliche Ohren grausam und leichtsinnig klingen, es mag die jüdischen Nationalisten verletzen und beleidigen, aber ehrlich gesagt, es ist unmöglich, der grotesken Komik zu widerstehen, die die Juden umgibt. Ich habe stundenlang dagesessen und sie auf Krakowskie Przedmieście betrachtet, und sie haben mich belustigt, entzückt und bezaubert. Sie spazieren in Gruppen auf und ab, eifrig diskutierend, geheimnisvoll flüsternd, leidenschaftlich zankend, klein und bleich, schmutzig und unterernährt, aber unermüdlich und voll von unglaublicher Lebenslust, die aus ihren fechtenden Armbewegungen und geistreichen, aufmerksamen Blicken hervorblitzt. Sie machen Geschäfte. Sie verkaufen Zeitungen, sie bieten bedudelte und halbleere schwedische Zündholzschachteln feil, sie verlocken dich mit den prachtvollsten Reitpeitschen, den unglaublichsten Ansichtskarten, den sonderbarsten Insektenpulvern, die zu gebrauchen sie selbst versäumt haben, und wenn die Dämmerung herembricht, spiegeln sie dir flüsternd Genüsse vor, die alle Freuden des Paradieses übertreffen, wenn du dich nur ihrer vertrauenerweckenden Führung überläßt. Sie lauschen deinen Einwänden, deinen kritischen Aeußerungen und Verwünschungen mit einem melancholischen und zweifelskranken Lächeln und gehen mit bewundernswerter Geschmeidigkeit zu neuen Redestoffen über. Wenn du dann in dein Hotel zurückkommst, schenkt du dem Liftknaben ein Meisterwerk von einer Reitpeitsche, das er ohne größere Ueberraschung entgegennimmt; er hat schon eine ganze Menge, und wenn er das Dutzend voll hat, verkauft er es wahrscheinlich an den talentvollen Straßenverkäufer wieder zurück, der dich überlistet hat — ein neues und schlagendes Beispiel für den Kreislauf der Materie.

Mit was allem kann nicht einer dieser kleinen Juden Geschäfte machen! Ich habe einen mit zwei halbverwelkten Pfingstrosen umherziehen sehen, die wohl ihren Dienst in einem Blumenglas schon getan hatten; es sah aus, als denke er sie als Baluta bei einem größeren Geschäft dreinzugeben, das er gerade mit einem Glaubensgenossen abschließen wollte. Zwei Judenjünglinge mit Brillen und roten Bärten, die nie ein Rasiermesser berührt hat, holten aus dem bodenlosen Innern ihrer Kaftane jeder einen blutigen Hahnenkopf hervor, die christliche Verschwender wahrscheinlich auf einen Abfallhaufen geworfen hatten; für ihre Blicke eröffneten sich natürlich endlose Perspektiven für ein Geschäft, während sie sachtundig ihre Schätze beleuchteten; die Purpurkämme verschwanden aufs neue in den tiefen Taschen und die weiten Stiefel setzten sich mit weiten und hoffnungsvollen Schritten in Trab. Wie wenig ist nicht nötig, um ihren Leben Inhalt und fieberhafte Spannung zu verleihen! Derjenige, der des Morgens einen durchlöcherten Schuh findet, hat dadurch den Ausgangspunkt zu einem tagelangen Schachern, und hatte er das dämonische Glück, abends das durchlöcherte Gegenstück zu finden, so schläft er in einem Rausch von Seligkeit ein — als Aladin des Ghetto, der im Traum schon Bankier und Millionär ist.

Man lacht unwillkürlich, leichtsinnig und dumm, wie das Gelächter der Menschen so oft ist. Nachträglich, wenn man anfängt nachzudenken und zu verstehen, dann verliert man die Lust zum Lachen. Man begreift, daß die Juden nach den verwelkten Pfingstrosen und den halbverfaulten Hahnenköpfen, nach Schmuggel und Kuppelei ebenso greifen, wie der Ertrinkende nach einem Strohhalm. Was sollen die armen Schlucker tun? Zu körperlicher Arbeit haben sie seit Jahrhunderten die Lust und Kraft verloren; von der Erde waren sie ausgeschlossen, die Fabriken sind im großen und ganzen für diese fanatisch rechtgläubigen Ostjuden unzugänglich, da sie unter keiner Bedingung arbeiten, wenn ihr Schabbes am Freitagnachmittag anfängt. Sie haben sich auf einige leichtere Handwerke geworfen; so sind z. B. alle Glaser Juden — sie arbeiten in gewissen Heimindustrien für Hungerlöhne, aber im großen Ganzen sind sie auf Geschäfte angewiesen, die in Rußland und Polen mit den unzähligen Zwischenhändlern und Hausierern und dem ewigen Schachern auf dem primitivsten Standpunkte stehengeblieben sind. Die schändliche russische Judenpolitik hat sie mit brutaler Sicherheit und Kraft getroffen; indem man die Juden von den östlichen Bezirken vertrieb und in dichten Scharen in den westlichen polnischen Distrikten zusammenbrachte, hat die russische Regierung sie in eine Notlage versetzt: als eine relativ dünne Bevölkerungsschicht können sie existieren, wenn aber ihre Zahl auf 50 Prozent steigt, so konkurrieren sie einander zu Tode und werden in immer tieferes Elend hinabgedrückt. Die Angst vor den Pogromen wirkt in der gleichen Richtung: wenn sie sich in den Städten zusammenscharen, wird wenigstens der Massenmord eine technische Unmöglichkeit; es gibt zahlreiche polnische Städte, die reine Judennester sind und in denen die Juden 50, 60, ja bis zu 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Dort schweben sie zwischen Leben und Tod. Ihre Stellung erinnert an die klassische Notiz über die Ortnen-Insulaner in einem alten englischen Geographiebuche: „Die Einwohner verdienen ihren kargen Lebensunterhalt, indem sie gegenseitig ihre Kleider waschen." Allerdings fressen die Juden ihr Dasein nicht gerade durch ständiges Waschen, sondern viel eher dadurch, daß sie untereinander mit ihren schmutzigen Lumpen schachern. Daß es auf diese Art trotzdem geht — es leben 2 Millionen Juden in Polen —, gehört zu den vielen Rätseln der Nationalökonomie.

Will man aber etwas von dem Leben der Ostjuden kennenlernen, so muß man die Judenquartiere, die Ghettos der Großstadt, besuchen — dort sitzen die letzte Kategorie auf den Lippen. In den engen, gewundenen, schmutzigen Straßen wimmelt es so gut wie zu jeder Tageszeit von Menschen; es ist wie ein Ameisenhaufen, in dem sich die Unruhe niemals legt. Es ist, als lebten die Juden auf der Straße, ihr Leben ist ein unablässiges Wandern, ein endloses Gespräch, ein endloses Abschließen von kleinen Geschäften.

Obwohl jedoch die Straßen voll sind, sind auch die Häuser vom Dach bis zum Keller mit Menschen vollgepfropft. In diesem Durcheinander gewundener Labyrinthe können bis zu fünf Höfe hintereinander liegen. Es gibt ein solches „Haus", in dem 3000 Juden wohnen, und ein deutscher Offizier versichert mir, daß dort nur zwei Aborte zu finden sind. Auf den Gesundheitszustand kann man dann selbst schließen; von den Flecktyphusfällen, die ausnahmslos im Zusammenhange mit den Läusen stehen, kommen 90 Prozent auf die Juden, und die ganze Rasse scheint dagegen geimpft zu sein; der Prozentsatz der Sterblichkeit ist bei den Juden ungeheuer niedriger als bei den Christen.

Es ist nicht ganz einfach, eigene Betrachtungen in den Judenvierteln anzustellen. Wenn ein Wagen der Kommandantur durch die Straßen donnert, so scharen sich alle die Beschäftigungslosen in schwarzen Haufen zusammen; wirft man eine Frage in den Haufen, so flimmert es einem vor den Augen von den fechtenden Armen, die Luft füllt sich mit Lärm und Geschrei, die Antworten kreuzen und überschreien einander, es kann aussehen wie eine Rauferei, ungefähr wie wenn man ein Stück Brot in einen Ententeich wirft. Kriechende Unterjänigkeit, ungeheuchelte Neugierde, hoffnungsvolle Geschäftigkeit machen sie nervös, so beinahe außer sich vor Erregung, beim Anblick der hochgewachsenen Herscherrasse in Uniform. Sie wagen sich bis zum Wagen heran; sie wissen schon, daß diese seltsamen und strengen Offiziere die komische Eigenschaft haben, ihnen weder ins Gesicht zu spucken, noch sie von sich zu stoßen. Betritt man einen Hof, so strömt die ganze Schar hinter einem drein, und man steht mitten in einem aufrührerisch wogenden Meer mit einem unbeschreiblichen Gefühl der Unsicherheit, das sich bald zum Jucken verdichtet. Man tut am besten daran, ein paar kräftige Maltakäder zu dingen, die den Eingang während des Besuches sperren — dann entwickelt sich das Ganze zu einer regelrechten Belagerung und der Heldenmut der Angreifer entlädt sich in dumpfen Schlägen gegen das Tor. Will man dann eine richtige Dummheit begehen, so kann man es machen wie ich, als ich wieder auf der Straße stand: nämlich seinen Geldbeutel herausnehmen, um den Verteidigern des Tores ihren verdienten Lohn auszuzahlen. Mit einem Geschrei von Hunger, Hoffnung und Verzweiflung warf sich der Haufen über mich; die Frauen mit ihren unheimlichen rotbraunen Perücken, die sie am Hochzeitstag anlegen, nachdem sie sich ihr Haar abrasiert haben, streckten mir ihre weinenden Kinder hin, scheltende und puffende Männer erklärten mir ihre einzigartigen Verdienste für den glücklichen Ausgang der Expedition und verringerten nach Kräften die ihrer Mitbewerber — es war ein heißes, wildes, klackerndes Bitten, eine Flutwoge, die mich verschluckt hätte, wenn sich nicht das Gespann vor dem Wagen und die knallende Peitsche des Kutschers zu meiner Rettung einen Weg gebahnt hätten. Der ganze kleine Auftritt hatte die für das Ghetto so typische Stimmung: Komik, die zu Schrecken und Mitleid erstarrt.

*) Aus dem Buche: Deutschland und Polen. Von Fredrik Böök. Berechtigte Uebersetzung aus dem Schwedischen von Friedrich Stieve. Verlag F. Bruckmann, A.-G., München. Der Verfasser gibt in dem Buche eine fesselnde Schilderung der gegenwärtigen Zustände Polens in den Kapiteln: Warschau. — Die Juden in Warschau. — Die Zukunft der Ostjuden. — Auf dem polnischen Lande. — Deutsche Ansiedler in Polen. — Polen und Deutschland. — Polens Orientierung: 1. Frankreich u. Oesterreich. 2. Rußland. 3. Deutschland.

Kleines Feuilleton.

Kriegsgrauen.

Aus dem Buche des französischen Offiziers Hasler über seine Erlebnisse im Kriege Ma Campagne Aout 1914 bis Dezember 1915 sei folgende ergreifende Szene wiedergegeben.

„. . . Meine Mannschaften waren mit dem Aufwerfen des Laufgrabens fertig. . . . Beim Graben waren eine Menge Leichen deutscher Soldaten zum Vorschein gekommen. Aber wir hatten keine Wahl gehabt. Ich fiel in der dafür bereiteten Aushöhlung bald in festen Schlaf. Als ich bei Tageslicht mich in meiner Kuhle umsahnte, sah ich hier tote Hände heraushängen, dort Füße usw. Ich kroch hinaus und fand dort die Köpfe von zwei toten Deutschen, die mich anstarrten, der eine mit einem geisterhaft lächerlichen Ausdruck, entsetzungsvollen Augen und offenem Munde.

Vier Tage und Nächte habe ich in dieser schrecklichen Umgebung verbringen müssen. Doch ich habe schlimmere Dinge durchgemacht und allmählich werden die Gefühle abgestumpft. Nichtsdestoweniger muß man starke Nerven haben, um z. B. den Anblick von einem Haufen Toten bei Mondschein ertragen zu können. Ich weiß nicht, wie oft ich wohl gewünscht habe, daß der Mond nicht scheinen möge . . ."

Goethe und der Gruß.

Bekanntlich ist seit ein paar Jahren eine Bestrebung im Gange, das — in vielen Fällen gewiß gesundheitsschädliche, in allen aber devote (denn es bedeutet ureigentlich ein Zeichen der Unterwerfung) — Grüßen durch Hutabnehmen und „die Mütze schwenken" durch Handanlegen, wie beim Militär, zu ersetzen. Wie wenigen bekannt zu sein scheint, hat vor 100 Jahren auch schon Goethe einmal auf seine Weise zu dieser Frage in folgenden Versen Stellung genommen:

„Ehret die Frauen! Begrüßt sie mit Neigen,
Begrüßt sie mit freundlichem, sittigem Beugen
Des bedeckten männlichen Haupts.
Glaubt's dem Erfahrnen! Jede erlaubt's!
Wollt ihr, trotz hippokratischem Schelten
Denn mit Gewalt das Genie euch erkälten?
Laßt die Hütte, die stattlichen Mützen
Fest auf den Locken, auf Glatzen fest sitzen.
Grüßet mit Worten, grüßt mit der Hand,
Ehret die Sitte, schon den Verstand!"

Die Kälte dieses Winters läßt es angebracht erscheinen, an diese Vorschläge zu erinnern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170131-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

An die Landleute

wendet sich der Dichter Paul Keller im Januarheft seiner Bergstadt u. a. mit folgenden packenden Worten:

„Es ist von den Städtern viel gesündigt worden. Wißt ihr, wer die ärgsten Sünder waren? Das waren jene freßgierigen Hamster, die mit einer Tasche voll Geld zu euch kamen und sagten: „Gebt das her und das; wir bezalen jeden Preis!" Sie warteten oft gar nicht ab, daß ihr etwas fordertet; sie nannten selbst eine so hohe Summe, daß ihr heimlich darüber erschraket: das Dreifache, Fünffache, ja, das Zehnfache des Friedenspreises! Und war das Sündengeld, das weiß wo und wie ergaunert war, gezahlt, dann sprang die Nachricht von Gehöft zu Gehöft und die ehrlichen Preise waren verdorben. Denn was die Frau Krause „gekriegt" hatte, wollten natürlich Frau Schulze und Frau Müller jetzt auch haben.

Lieber Freund vom Lande, wenn so ein freßgieriger reicher Hamster oder so ein kecker Hamsterweib zu dir kommt und mit Umgehung aller Verkaufsverbote und festgesetzten Höchstpreise dir sagt: „Ich zahle jeden Preis", dann laue du mir den Haufe auf den Tisch und sage: „Aber ich nehme nicht jeden Preis. Geldverdienen ist gut, aber Ehrlichbleiben ist noch besser. Ich bin ein ehrlicher Mann, mein Vater und mein Großvater waren ehrliche Leute. Dieses Haus soll rein bleiben auch im Kriegsgebraus, es ist keine Bauerbude. Da ist die Tür, und wenn Sie sich nicht schnell hinausfinden, zeigt Ihnen mein Kettenhund den Weg!"

Wenn du so über das verfluchte Sündengeld, das dir der Versucher zeigt, siegst, bist du ein Staatskerl und kannst einmal ruhigen Gewissens die Friedensglocken läuten hören. Den Unredlichen müssen noch auf dem Sterbebette die unmäßigen Kriegsgewinne, daran Hunger, Tränen und Siechtum anderer Menschen hingen, in furchtbarer Qual einfallen. Und das gilt für alle, nicht nur für die Bauern, auch für den kleinen Stellenbesitzer und auch für die Großagrarier.

Wohl unterscheiden wirst du von dem gierigen Hamsterer den bescheidenen Städter, der von der Not seiner Familie getrieben bei dir anklopft, um einige reelle Einkäufe zu machen. Dem sei ein Gastfreund und hilf ihm, wo du kannst."

Merseburg. Nicht mehr als Schwerstarbeiter anerkannt. Die von den einzelnen Firmen eingereichten Schwerstarbeiter sollten von dieser Woche an Fleisch- und Brotkarten durch Vermittlung der betreffenden Firmen ausgehändigt erhalten. Diese Arbeiter wurden daher in den städtischen Listen gestrichen. Sie erhielten auch bei der letzten Verteilung durch die Zähler keine Brotmarken. Von den eingereichten Arbeitern wurde aber ein großer Teil von der Kommission auf auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht als Schwerstarbeiter anerkannt, erhielten also keine Brotmarken von ihrer Firma, während sie die allgemeinen Fleischkarten, die für sie nun gültig sind, bereits in Händen hatten. Die Ausgabe der Brotmarken für die nicht als Schwerstarbeiter anerkannten Arbeiter findet am Donnerstag, Freitag und Sonnabend in der städtischen Brotstelle statt. Gleichzeitig sollen die Schwerstarbeiter die von der Stadt erhaltenen Fleischkarten in der Fleischstelle an den dafür angegebenen Tagen zurückreichen. Für diese Arbeiter gelten nur die von ihrer Firma vorausgabten Fleischkarten, die bei der Abgabe der anderen Fleischkarte mitzubringen ist.

— Die Ausfuhr von Speisefetten aus dem Kreise durch Mitnahme, sowie jeder Versand inner- und außerhalb des Kreises mit Ausnahme des Versands auf Anordnung der Provinzial- oder Kreis- und Polizeibezirksfettstelle ist vom Kreisausschuß verboten.

— Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen erfolgt in nachstehender Reihenfolge: Donnerstag, den 1. Februar, Listen-Nummer 1 bis 1290; Freitag, den 2. Februar: Listen-Nummer 1291 bis zum Schluß.

Schkeuditz. Die Unterbringung auswärtiger Kranker in den Leipziger Krankenhäusern stößt auf Schwierigkeiten. Der Rat der Stadt macht deshalb folgendes bekannt: „In der letzten Zeit sind auswärtige, d. h. außerhalb Leipzigs wohnhafte Kranke in die städtischen Krankenhäuser in so großer Zahl eingewiesen worden, daß, weil ein großer Teil der Betten der Heeresverwaltung hat zur Verfügung gestellt werden müssen, bei der geringen Zahl der jetzt vorhandenen Ärzte große Schwierigkeiten entstehen. Wir können daher künftig auswärtige Kranke nur ganz ausnahmsweise und nur, wenn vorher die Zustimmung der Krankenhausverwaltung eingeholt worden ist, aufnehmen."

Lützen. Bürgermeister Lenze gestorben. Am Sonntag abend verschied nach längerem Leiden im 67. Lebensjahre der hiesige Bürgermeister H. Lenze. Der Verstorbene hat hier 28 Jahre lang sein Amt verwaltet.

Querfurt. Treibriemendiebstahl. Zum zweiten Male in wenigen Monaten sind der Firma Otto Kämpfer in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag zwei Treibriemen gestohlen. Der dadurch verursachte Schaden ist nicht nur sehr bedeutend, sondern auch schwer ersetzbar, da Lederriemen nicht mehr zu haben sind. Die Diebe sollen von auswärts gekommen sein.

Sangerhausen. Darf man noch ins Theater fahren? Ein seltsames Mißgeschick ist dieser Tage zwei gutgestellten Bürgersfrauen aus Sangerhausen begegnet. Sie fuhren nach Halle, um eine Theatervorstellung zu sehen. Hinter Eisleben erschien ein Beamter und verlangte Auskunft über den Zweck der Reise. Als er das Ziel erfahren hatte, hielt er, wie ein Erfurter Blatt meldet, den beiden Frauen eine „Standpauke" über Vergnügungsreisen, so daß beiden die Lust vergangen sein soll, wieder nach Halle ins Theater zu fahren.

— Unglücksfall bei der Arbeit. Am Karol-Schacht bei Wettelrode ereignete sich ein Unfall. Dem Bergmann Thiele aus Wettelrode fiel eine Kipplore auf das Bein, was einen Unterschenkelbruch zur Folge hatte. Der Verletzte wurde ins hiesige Krankenhaus geschafft.

— Kleine Brotzulage für Schwangere. Vom 5. Februar an erhalten schwangere Frauen in der letzten Hälfte der Schwangerschaft wöchentlich ein Pfund Brot mehr. Ein Ausweis der Hebamme oder des Arztes ist vorzulegen.

Delitzsch. Die Familienunterstützung für die zweite Hälfte des Monats Januar werden von der Stadthauptkasse am Donnerstag, den 1. Februar, von 8—1 Uhr vormittags an die Inhaber der Erkennungskarten von Nr. 1—650; am Freitag, den 2. Februar, von 8—1 Uhr vormittags an die Inhaber der Erkennungskarten von Nr. 651—1290 und folgende ausgezahlt. Die Auszahlung findet nur an den bestimmten Tagen während der Vormittagsstunden unter Vorlegung der Erkennungskarte statt. Schulpflichtigen Kindern wird Geld nicht verabreicht.

Eilenburg. Aus dem Stadtparlament. Nachdem die Vorstandswahlen vorgenommen worden waren (gewählt wurden: als Vorsteher Rechtsanwalt Ziervogel mit 18 von 19 abgegebenen Stimmen, Professor Reuß als Stellvertreter mit demselben Stimmenverhältnis, zu Schriftführern Kaufmann Ritter und Buchdruckereibesitzer Baber), erfolgte die Besetzung der vielen Deputationen, in denen auch bisher schon den Arbeitervertretern eine ihrer Stärke entsprechende Mitwirkung zugebilligt war. Da der 27. Bezirk (Eilenburg-Ost) seiner Größe wegen geteilt werden mußte, wurde als Vorsteher für den neuen 28. Bezirk Eisenbahnsekretär a. D. Fischer bestellt. Für eine einmalige Kriegsnotbeihilfe an städtische Arbeiter und Hilfsbeamte fordert der Magistrat rund 2500 Mark. Es handelt sich um die Ausführung eines von Raute und Genossen in der letzten Sitzung eingebrachten Antrags, nach dem diesen Arbeitern und Beamten eine einmalige Zuwendung in Höhe eines doppelten Wochenlohnes und 15 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahren gemacht werden soll. — Dieser Antrag ist in der Kriegsnotdeputation dahin abgeändert worden, daß für die Gewährung dieser Zuwendungen unter Beibehaltung der Kinderbeihilfen feste Sätze von 40 Mk. für männliche Verheiratete, 30 Mk. für Weibliche und ledige Männliche zugrunde gelegt worden sind. Die Versammlung bewilligte die geforderte Summen unter Billigung der festgelegten Sätze. — In einem Schreiben des Provinzialrates wird der Beschwerde stattgegeben, die der Magistrat gegen eine Entscheidung des Bezirksausschusses eingelegt hatte, nach welcher die von der Stadt zur Linderung der Kriegsnot aufgenommenen Anleihen mit 10 Prozent verzinst und getilgt werden sollten. Die Entscheidung des Provinzialrates tritt den Beschlüssen der städtischen Körperschaften bei, diese Anleihen mit 5 Prozent vom Zeitpunkte der Beendigung des Krieges an zu tilgen. — Die Ausgaben in der Kriegsnotfürsorge betrugen bis Ende dieses Monats insgesamt 743 000 Mk. Dem steht eine Einnahme von 354 000 Mk. aus Rückvergütungen von Staat und Reich, einschließlich der noch ausstehenden letzten Monatsraten, gegenüber. Die Aufwendungen aus städtischen Mitteln beziffern sich demnach auf 389 000 Mk., so daß von den für diese Zwecke aufgenommenen beiden Anleihen in Höhe von 450 000 Mark noch rund 61 000 Mk. vorhanden sind. — In der Aussprache wurde den zuständigen Stellen zur Pflicht gemacht, zur ausreichenden Versorgung der Einwohnerschaft mit Gemüse und Frühkartoffeln geeignete Schritte zu unternehmen. Vom Ersten Bürgermeister wurde dazu ausgeführt: Herr v. Batocki hätte die Zuschüsse gegeben, daß die Abschlüsse von Lieferungsverträgen vom Kriegsernährungsamt sorgfältig überwacht und reglementiert würden, so daß eine Benachteiligung kleiner Gemeinden durch größere und leistungsfähigere Städte verhindert wird. Gen. Raute wies darauf hin, daß Lieferungsverträge ohne den landwirtschaftlichen Produktionszwang und ohne die Gründung von Produzenten- und Lieferungsvereinigungen mehr zu schaden als zu nützen geeignet seien. Auch die Zusicherungen aus dem Kriegsernährungsamt könnten nicht beruhigend wirken, wenn nicht die Möglichkeit beseitigt würde, daß es anderen Gemeinden ähnlich ergeht wie der Berliner Stadtverwaltung. Diese habe einen Lieferungsvertrag auf Schlachtschweine in der Provinz Posen abgeschlossen, die, als die Schweine geliefert werden sollten, auf Anweisung der zuständigen Zentrale dem Landesviehhandelsverband überwiesen werden mußten. Weiter ging Gen. Raute auf einen Uebelstand ein, der sich in der Lebensmittelregelung in unserer Stadt herausgebildet hat und darin liegt, daß in mehreren Gastwirtschaften Fleischspeisen — warm und kalt — an Stammgäste verabfolgt werden können. Eine derartige Durchbrechung der Lebensmittelrationierung müsse empörend und verbitternd wirken. Wenn überschüssige Fleischmengen vorhanden seien, könnten diese doch wirklich besser im Interesse der Allgemeinheit verwertet werden, als daß sie auf diese Weise zahlungsfähigen Wirtshausbesuchern zugute kommen. Als Mitglied der Preisprüfungsstelle suchte Herr Liepold diese Körperschaft mit Unkenntnis dieser Tatsachen zu rechtfertigen, und stellte schärfste Kontrolle und Verfolgung in Aussicht. Diese Bemühungen durften wirklich nicht schwer fallen, da die Mißbräuche so offen getrieben wurden, daß man, wie Gen. Raute treffend sagte, an Unkenntnis und Unschuld der zuständigen Stellen kaum glauben könnte. — Von Dr. L. wurde der Magistrat befragt, was er in der bestehenden Kohlennot für Abhilfe zu schaffen gedenke, die mit der Länge der Zeit und bei anhaltendem Frost sich für weite Einwohnerkreise bis zur Unerträglichkeit steigern müsse. Die Antworten waren durchaus nicht befriedigend zu nennen. Außer den von der Preisprüfungsstelle in dieser Kalamität getroffenen Maßnahmen konnte nur noch eine Bestandsaufnahme der Vorräte in privaten Haushaltungen in Aussicht gestellt werden, um zu versuchen, einen Ausgleich herbeizuführen und der äußersten Not zu steuern.

Briefkasten der Redaktion.

L., Lagerhalter, in W. Wenn Sie im Zivildienst freiwillig einen Beruf ausüben, nach dem Sie zur Angestelltenversicherung nicht versicherungspflichtig sind, so daß keine Beiträge zu dieser Versicherung entrichtet werden, so können Sie freiwillig die Beiträge dazu weiter bezahlen, was sehr zu empfehlen ist. Die Bezahlung hat direkt an die Reichsversicherungsanstalt in Wilmersdorf zu geschehen.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 1. Februar: Zeitweise aufklarend, vorwiegend trocken, tagsüber etwas gelinder.

Bekanntmachung.

Ich habe zwei Bekanntmachungen und zwar:

1. Nr. W. IV. 100/1. 17 KRA. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von rohen Seiden und Seidenabfällen aller Art und
2. Nr. W. IV. 150/1. 17 KRA. betreffend Höchstpreise für rohe Seiden und Seidenabfälle aller Art

erlassen.

Die Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 31. Januar 1917. *1385

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Bekanntmachung.

Durch Bekanntmachung vom 31. 1. 1917 — Nr. M. 3500/12. 16 KRA. — habe ich Höchstpreise für Zink festgesetzt. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht.

Magdeburg, den 31. Januar 1917. *1384

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Große, bestausgestattete, moderne Wohnung
von 12—14 Zimmern, auch mehr, oder
großes Landhaus
mit Garten in guter Lage, möglichst bald oder zum 1. 4. 17. zu mieten gesucht. Gefl. Angebote unter B. N. 1007 an **Rudolf Mosse, Brüderstraße 4.** *1388

Arbeitsmarkt

Kesselschmiede-Lehrlinge
werden unter günstigen Bedingungen eingestellt. *1336
Dampfkessel-Fabrik Feger, Ammendorf.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung und bei entsprechendem Lohn für unseren Betrieb
ungelernt. Arbeiter
in größerer Zahl. Reisegeld wird bedingungsweise vergütet. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an:
Arbeitsnachweis der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22. *1303

Aelterer, zuverlässiger
Geschirrführer
zum sofortigen Antritt gesucht.
Hallescher Kohlenhof,
*1390 Delitzscherstraße 81.

Amtliche Bekanntmachungen.

Am Donnerstag den 1. Februar 1917 wird auf dem städtischen Markte in der Talamtschule und auf dem Schlachthofe **Margarine** verkauft, und zwar vormittags von 8—12 Uhr auf die Nummern **54001—58000**, nachmittags von 2—6 Uhr auf die Nummern **58001 bis 63000** der Lebensmittelscheine. Auf den Kopf eines Haushaltes entfällt 1/8 Pfund.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Der Preis beträgt für das Pfund 2 M.

Das Publikum wird ersucht, abgezähltes Geld bereit zu halten.

Halle, den 31. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Die Handelsfrau **Marie Pfeiffer** aus Halle, Sternstraße 1, ist durch den rechtskräftig gewordenen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts in Halle vom 10. November 1916 wegen Vergehens gegen die Bekanntmachung des Bundesrats vom 29. August 1916 zu 30 Mk. Geldstrafe, hilfsweise 6 Tagen Gefängnis, verurteilt worden. (Höchstpreisüberschreitung für Zwetschen.)

Halle, den 30. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Gegen die Lebensmittelhändlerin **Amalie Germer** geb. Schertz aus Halle, Gr. Sandberg 14, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts hier vom 14. Oktober 1916 wegen Höchstpreisüberschreitung (Vergehen gegen die Bekanntmachung des Bundesrats vom 29. August 1916 in Verbindung mit der Bekanntmachung des Magistrats in Halle vom 7. September 1916) eine Geldstrafe von 15 M. — fünfzehn Mark — hilfsweise eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen festgesetzt worden.

Halle, den 30. Januar 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Die Handelsfrau **Anna Schumann** geb. Hoyer in Halle, Torstraße 42, ist durch den rechtskräftig gewordenen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts in Halle vom 5. November 1916 wegen Vergehen gegen die Bekanntmachung des hiesigen Magistrats vom 7. September 1916 in Verbindung mit der Bekanntmachung des Bundesrates vom 29. August 1916, zu 15 Mk. Geldstrafe, hilfsweise 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden. (Ueberschreitung des Höchstpreises für Zwetschen).

Halle, den 30. Januar 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Tüchtige *1387
Klempner
für Bierdruck-Apparate und auf Montage sucht Rob. Lange, Leipzig-Rdn., Feldstr. 4.

Schlosser
werden sofort eingestellt.
Maschinenfabrik Paul Feller,
*1380 Berlinerstraße 4.

Laufbursche (Schüler)
für einige Stunden, nachmittags, gesucht. Buchdruckerei Lehmann & Bonner, Brüderstr. 4. *1391

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

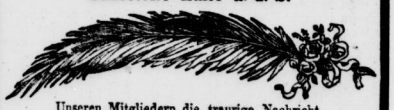
Deutscher Bauarbeiter-Verb., Zweigverein Halle.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 29. d. M. unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Otto Gebhardt
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager, im Alter von 57 Jahren, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, vormittags 11 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.
3913 **Die Ortsverwaltung.**

Diebstahl.
50 Mark Belohnung zahlen wir demjenigen, der uns den Dieb nachweist, welcher uns in der Nacht vom 27. zum 28. Januar d. J. grössere Treibriemen gestohlen hat.
Gose & Werner, Maschinenfabrik,
Halle a. d. S. *1390

Familien-Nachrichten.

Verb. der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Halle a. d. S.



Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß wiederum folgende treue Verbands-Kollegen dem Völkerringen zum Opfer gefallen sind:

Hermann Oswald, Beesen.
Karl Winkelmann, Beesen.
Hermann Frenzel, Dölau.
Otto Rümpler, Stennewitz.
Bruno Bonhardt, Halle.
Reinhold Butthof, Halle.
Hermann Fiedler, Halle.
Max Gelbke, Halle.
Joseph Juppe, Halle.
Heinrich Loreck, Halle.
Heinrich Krause, Halle.
Johann Schwalbe, Halle.
Walter Stolle, Halle.
Wilhelm Wolf, Halle.

Die Verbandsmitglieder werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren!

3912 **Die Orts-Verwaltung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170131-11/fragment/page=0006